

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen

Tony Sender (Berlin)

Seit langen Wochen werden zwischen der russischen und deutschen Regierung Verhandlungen geführt mit dem Ziel, die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern intensiver zu gestalten. Die Praxis hatte gezeigt, daß manche Bestimmungen des sogenannten Berliner Abkommens aus dem Jahre 1925 noch sehr viel Unklarheit und Auslegungsfähigkeit zuließen, die hemmend auf die Wirtschaftsbeziehungen zu wirken geeignet waren. Darum sah sich die deutsche Regierung schon Ende 1927 veranlaßt, der Sowjetregierung die Aufnahme von Verhandlungen vorzuschlagen, die bereits im Februar 1928 in Berlin begonnen wurden. Da plötzlich plagten die Verhaftungen deutscher Ingenieure und deren Verwicklung in den Schachtyprozeß hinein. Die geringe Stichhaltigkeit der Anklagen mußte sehr bald in der Haftentlassung der Mehrzahl der Angeeschuldigten bewiesen werden. Immerhin trat dadurch eine Verzögerung der Verhandlungen ein, sie wurden unterbrochen bis zur Beendigung des Prozesses und konnten darum erst im Herbst letzten Jahres wieder aufgenommen werden.

Es ist nicht verwunderlich, wenn bei Verträgen zwischen zwei grundsätzlich so voneinander verschiedenen Wirtschaftssystemen Schwierigkeiten und Unklarheiten austauschen können. Hinzu kam, daß man in Deutschland zu der Auffassung kam, daß die von der deutschen Regierung gewährte Kreditgarantie für 300 Millionen keine zusätzlichen Aufträge Sowjetrußlands nach Deutschland gebracht habe, sondern von russischer Seite lediglich zur Erleichterung der Zahlungsabwicklung für die laufenden Aufträge benutzt worden seien, während die Bestellungen nach anderen Ländern zugenommen hätten. Natürlich ist diese Behauptung schwer nachzuprüfen, vor allem deshalb, weil dann ja auch zu untersuchen wäre, ob nicht das Verhalten deutscher Firmen oder Verbände selbst solches Vorgehen herausgefordert haben könnte. Wie dem aber auch sei, beide Staaten, sowohl Deutschland als auch Rußland, haben das größte Interesse an der guten Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen, die schon zur zaristischen Zeit außerordentlich lebhaft waren und an deren Verbesserung das Deutschland der Nachkriegszeit noch ein größeres Interesse haben sollte. Allerdings stehen dem heute auch größere Schwierigkeiten entgegen. Dabei meinen wir nicht etwa das Außenhandelsmonopol, sondern die Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft und Finanzen selbst. Es ist unbestritten, daß Rußland zur Weiterentwicklung sowohl seiner Industrie- wie Agrarwirtschaft dringend großer Kapitalien bedarf — und wir wissen ebenso gut, daß Deutschland selbst dringenden Bedarf an Auslandskapital für seine eigene Wirtschaft hat, darum also schwerlich größere Summen zur Entwicklung seines Handels nach Sowjetrußland ausleihen kann. Diese Tatsachen

sind natürlich geeignet, das Tempo der Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zu verlangsamen. Aber im Rahmen des unter den gegebenen Verhältnissen Möglichen sollte alles geschehen, um die Wirtschaft beider Staaten zu fördern, und darum ist es zu begrüßen, daß das Protokoll über die Ergebnisse der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen von beiden Seiten unterzeichnet worden ist.

Von deutscher Seite war es bisher als Mißstand empfunden worden, daß die amtliche Vertretung von Wirtschaftsinteressen gegenüber Rußland nur auf diplomatischem Wege erfolgen konnte. Das machte die Beziehungen so außerordentlich schwerfällig und war um so weniger gerechtfertigt, als die russische Vertretung in Deutschland mit allen Zentralinstanzen direkten Verkehr pflegen konnte. Es konnte nunmehr erreicht werden, daß auch von deutscher Seite direkte Beziehungen zu allen Bundes- und Volkskommissariaten aufgenommen werden können.

Nicht minder wichtig ist aber die weitere Vereinbarung, die die Behandlung deutscher Unternehmer in Sowjetrußland im Verkehr mit den Wirtschaftsbehörden des Sowjetstaates betrifft. Es konnte die Zusage erreicht werden, daß eine unterschiedliche Behandlung im Verkehr zwischen den zugelassenen deutschen Unternehmungen und den Wirtschaftsorganen der Union nicht erfolgen soll, insbesondere was den ungehinderten Absatz der Waren deutscher Firmen an russische Wirtschaftsstellen, sowie den Einkauf dieser Waren betrifft. Bei Fragen der Kreditgewährung an deutsche Unternehmungen werden sich künftig die Sowjetbanken nur durch wirtschaftliche Erwägungen leiten lassen. Da das Bankwesen in Rußland im wesentlichen verstaatlicht ist, läßt es sich denken, daß zuweilen staatliche und diplomatische Gesichtspunkte bei Entscheidungen mit einmischen konnten.

Nach den Erfahrungen des Schachtprozesses wurde von deutscher Seite besonderer Wert auf die Verbesserung des Rechtsschutzes gelegt. Obwohl schon im Berliner Vertrag bestimmt worden war, daß bei Festnahme von Staatsangehörigen des anderen Teiles die Konsuln das Recht sofortigen Besuchs der Inhaftierten haben sollten, war diese Vorschrift bei den im Schachtprozeß verhafteten Deutschen mißachtet worden. Darum war die Zusage notwendig, diese Bestimmung den zuständigen Behörden noch einmal ausdrücklich in Erinnerung zu bringen. Wichtiger noch war indessen eine Klärung darüber, was denn überhaupt als Wirtschaftsspionage gedeutet werden dürfe. Die Art, wie man im Schachtprozeß vorging, schien jegliche Auslegung der Justizbehörden zuzulassen. Dazu kam, daß ein russisches Dekret aus dem Jahre 1926 den Begriff des Staatsgeheimnisses in weitem Umfange auf Nachrichten wirtschaftlichen Charakters ausdehnte, so daß man überhaupt nicht mehr wissen konnte, inwieweit wirtschaftliche Informationen — unerläßliche Voraussetzung für jeglichen Handelsverkehr — in Zukunft noch zulässig sein sollten. Nur als gutachtliche Äußerung — da die Gesetzesauslegung Sache der Gerichte sei — gab der russische Delegationsvorsitzende sinngemäß folgende Erklärung ab:

Die Annahme ist irrig, als wäre nur die Verbreitung solcher Nachrichten erlaubt, die bereits in Zeitungen oder Zeitschriften gestanden hätten. Das Recht zur wirtschaftlichen Information finde vielmehr auch in Rußland nur

seine Grenze im Geschäfts- und Betriebsgeheimnis und der Anwendung unerlaubter Mittel (Bestechung, Diebstahl, Betrug usw.). Es fallen aber unter das Betriebsgeheimnis auch die amtlichen Wirtschaftspläne, soweit sie noch nicht veröffentlicht sind, dagegen nicht einzelne Nachrichten über Produktionsbedingungen und den Zustand einzelner Unternehmungen. Dagegen können der Strafe verfallen Äußerungen oder Mitteilungen über Tendenzen und Konjunkturen, die auf Grund spezieller Anordnung der Sowjetbehörden oder Unternehmungen geheim zu halten sind. Auch gegen diese letztere Vorschrift wird nichts einzuwenden sein, da es sich ja in Rußland um eine Planwirtschaft handelt, die sich, solange noch kapitalistische Wirtschaften ringsum bestehen, entsprechend schützen muß. Freilich gehört hierzu mehr noch als die Festlegung und Klärung im diplomatischen Verkehr. Was den Faktor der Unsicherheit in die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen hineingetragen hat, war weniger Unklarheit in den Vereinbarungen der beiderseitigen Diplomaten, als vielmehr die Willkür, die aus Gründen der inneren Politik und parteipolitischer Schwierigkeiten solche Vereinbarungen beiseite schob. Selbstverständlich wird dabei von deutscher Seite das russische Wirtschaftssystem mit seinen Vorschriften respektiert werden müssen, ob es gefällt oder nicht gefällt; denn in jedem Fall ist die Wirtschafts- und Regierungsform Sache des russischen Volkes. Aber gerade im Interesse des russischen Volkes liegt es doch, daß ein Minimum von Rechtsgarantien nicht nur auf dem Papier besteht, sondern auch von allen nachgeordneten Instanzen und insbesondere den Gerichten geachtet wird, um auch Ausländern den Aufenthalt in Rußland zu ermöglichen, deren Anwesenheit zur Durchführung und Pflege der Wirtschaftsbeziehungen unerlässlich ist.

Daß in der Leitung der russischen Außenpolitik die Bedeutung dieses Faktors anerkannt wird, das bewies sie auch in der Erleichterung der Bestimmungen über Niederlassung. Es wurde vereinbart, daß auch bei Reisen von längerer Dauer als sechs Wochen der Rückreisefichtvermerk (der ist in Rußland neben der Einreiseerlaubnis notwendig) gleichzeitig mit dem Einreisevisum erteilt werden kann. Man hat die beschleunigte Behandlung bei Visumerteilung versprochen und speziell gestattet, daß nicht nur die zentralen Stellen, sondern auch die Verwaltungen der Gouvernements- und größeren Bezirksstädte in Zukunft für die Erteilung der Ausreiseerlaubnis zuständig sein sollen. Daneben wurden die bisher sehr hohen Sichtvermerksgebühren herabgesetzt (auf etwa ein Drittel des bisherigen Betrags).

Von wirtschaftlicher Bedeutung für die deutsche Seite ist die im Schlußprotokoll getroffene Vereinbarung, nach der die deutschen Versicherungsgesellschaften am direkten Versicherungsgeschäft im Verkehr zwischen Deutschland und Rußland stärker beteiligt werden als bisher. Die Wirtschaftsorgane der Sowjetunion erklären, Beziehungen mit den deutschen Versicherungsgesellschaften pflegen zu wollen und für deutsche Konsignationswaren in Rußland werden Erleichterungen zugelassen.

Auf der gleichen Linie liegt die Zusage für die Seeschifffahrt. Rußland erklärt sich bereit, über Anträge deutscher Schiffahrtsunternehmungen, die einen ständigen Verkehr mit Rußland haben, zwecks Ermöglichung der Aufnahme ihrer Tätigkeit entgegenkommend zu behandeln. Daneben mußten

eingehende Vereinbarungen über die Zulassung deutscher Agenten in Rußland getroffen werden.

Neben dem Rechtsschutz für Personen ist aber auch ein gewisser Rechtsschutz für Sachen im internationalen Warenverkehr erforderlich. Bekanntlich waren ähnlich wie in anderen Ländern auch in Rußland die deutschen Patente nicht mehr geschützt worden. Nun ist nach Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen von deutschen Unternehmungen die Neueintragung von Patenten und Warenzeichen verlangt, von den Sowjetbehörden jedoch abgelehnt worden. Eine Nachprüfung all dieser Fälle ist nunmehr zugesagt worden; sollte auch diese nicht zu einem befriedigenden Resultat führen, so wird erneut die beiderseitige Fühlungnahme erfolgen.

Natürlich hatte nicht nur Deutschland seine Wünsche an die russische Vertretung vorzubringen. Auch die Vertreter der Sowjetunion hatten ihre, wenn auch bedeutend kürzere Liste vorzubringen. Die Russen waren in bezug auf drei Fragen beunruhigt, über die Behandlung des Staatseigentums, die Gläubigerzusammenschlüsse und den Russenausschuß. Bekanntlich war bei einer vor einigen Wochen in Berlin angeetzten Versteigerung russischen Staatsbesitzes (Gemälde und Antiquitäten, wahrscheinlich durch die Revolution bei Privaten beschlagnahmt) durch ein deutsches Gericht auf Antrag russischer Privatkläger Einhaltsbefehl erlassen worden. Darum verlangte nunmehr die russische Regierung größeren Schutz russischen Staatseigentums auf deutschem Boden. Unseres Erachtens mit vollem Recht; denn niemand würde einfallen, zu prüfen, auf welchem Wege das Eigentum eines bürgerlichen Staates erworben worden ist. Wollte man dazu übergehen, käme man aus den Zweifelsfällen überhaupt nicht heraus, braucht doch nur an den Raub kostbarer Kunstschätze auf Feldzügen der Vergangenheit bis in die letzte Zukunft erinnert zu werden. Im Vergleich hierzu ist das auf dem Wege der Enteignung zustandegekommene russische Staatsvermögen weitaus legaler, weil es auf der Grundlage rechtsgültiger Dekrete entstanden ist.

Freilich war eine Stellungnahme der deutschen Vertreter hierzu nicht leicht. Handelste es sich doch um eine Gerichtsentscheidung und die Regierung kann keinen Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte vornehmen. Darum war sie genötigt, die Sache auf die Weise zu erledigen, daß sie eine eingehende Erörterung des ganzen Fragenkomplexes mit der Sowjetregierung zusagte.

Wesentlich konkreter konnte sie in bezug auf ihre Stellung zum Beitritt deutscher Banken zum internationalen Schuttkomitee der Rußlandgläubiger sein. Sie gab die folgende Erklärung ab:

„Die deutsche Regierung ist von Anfang an energisch gegen den Eintritt der Gruppe deutscher Banken in das internationale Schuttkomitee der Rußlandgläubiger aufgetreten. Sie hat sowohl gegenüber der Volkschaft der UdSSR in Deutschland als auch in dem der deutschen Presse mitgeteilten Kommuniqué darauf hingewiesen, daß die amtliche Wiederaufnahme der Frage der Vorkriegsschulden nur nach Maßgabe der ganz klaren Bestimmungen des Rapallovertrages in Betracht kommt und daß die Aktion der deutschen Banken mit der Einstellung der deutschen Regierung zum Vertrage von Rapallo oder zu den allgemeinen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR nicht das geringste zu tun hat.“

Freilich kann auch hier die deutsche Regierung nichts anderes tun, als mit Energie den Standpunkt des Rapallovertrages vertreten, sowohl gegenüber Rußland als auch ihren eigenen Staatsangehörigen, einen direkten Zwang ausüben kann sie indessen nicht, solange kein offener Verstoß gegen deutsche Gesetze vorliegt. Es wird nun abzuwarten sein, wie sich die deutsch-russischen Beziehungen weiterentwickeln werden. Jedenfalls braucht man mit der Entwicklung in der letzten Zeit nicht unzufrieden zu sein. Nach der deutschen Statistik stellte sich der Warenaustausch in den letzten Jahren folgendermaßen:

Jahr	Ausfuhr nach Rußland	Einfuhr aus Rußland	Saldo für Deutschland	Gesamtumsatz
1926	265,6	323,3	— 57,7	588,9
1927	329,6	433,2	— 103,6	762,8
1928 (9 Monate)	311,4	273,8	+ 37,6	585,2

Danach ist die Handelsbilanz mit Rußland aktiv geworden und der Export nach der Sowjetunion hat sich von 2,5 vH der Gesamtausfuhr im Jahre 1926 auf rund 3,3 vH in den ersten 9 Monaten 1928 gesteigert. Doch darf man sich nicht darüber täuschen: Die Entwicklung findet ihre Grenze in den Entwicklungsmöglichkeiten der russischen Wirtschaft selbst. Deren Schwierigkeiten sind bekannt. Schwierigkeiten, die zum Teil politische Ursachen haben, zum andern in der Spannung zwischen Industrie und Landwirtschaft begründet und letzten Endes durch Kapitalmangel verursacht sind. Doch ist auch im Interesse der Besserung des internationalen Wirtschaftsverkehrs zu wünschen, daß die russische Wirtschaft dieser Schwierigkeiten in absehbarer Zeit Herr werden kann. Für Deutschland ist es wichtig, mit diesem aufsteigenden Lande in enge Beziehungen zu kommen und darum ist es zu begrüßen, daß bereits für dieses Jahr neue Verhandlungen über den Zolltarif aufgenommen werden sollen. Da auf beiden Seiten hohe Zollmauern bestehen, wäre zu wünschen, daß wie auf russischer so auch auf deutscher Seite möglichst weitgehendes Entgegenkommen bewiesen werde.

Schleichende Krise

Das Wirtschaftsjahr 1928

F. Petrich (Gera)

III. Arbeitslosigkeit — industrielle Reservearmee

Es ist das typische Merkmal kapitalistischer Wirtschafts- und Konjunktur-betrachtung, daß sie alle wichtigen Teile der Privatwirtschaft: Produktion, Geld- und Kapitalmarkt, Börse und Warenmärkte sorgfältig untersucht — nur der Arbeitsmarkt, der Tatbestand der Massenarbeitslosigkeit kommt entweder zu kurz oder er fällt gänzlich aus. Wozu auch? Mit solchen unangenehmen Dingen befaßt man sich nicht gern. Es sei denn, daß alarmierende Zahlen kommen, das Gespenst der Unruhe, der sozialen

Revolution droht. So war es zu Beginn der Stabilisierung, als die Arbeitslosigkeit monatelang 2 bis 2,5 Millionen betrug. Da wurden mit einem großen Aufwand an Scharfsinn Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgearbeitet, aber sie wurden in dem Augenblick zu Makulatur, als das Feuer nicht mehr auf den Nägeln brannte.

Erwerbslose (Hauptunterstützungsempfänger) 1924—1928

1924 M.-D.	727 990	1927 September	355 462	1928 Juni	610 687
1925 " "	464 789	Oktober	339 982	Juli	564 064
1926 " "	1 692 870	November	604 509	August	574 475
1927 " "	837 313	Dezember	1 188 274	September	577 093
April	870 387	1928 Januar	1 333 115	Oktober	671 000
Mai	648 606	Februar	1 237 504	November	1 030 000
Juni	540 703	März	1 010 763	Dezember	1 300 000
Juli	452 127	April	729 329		
August	403 851	Mai	629 470		

Diese Zahlen, die nicht die statistisch erfassbaren völlig Ausgesteuerten sowie die Krisenunterstützten enthalten, geben nur ein unvollständiges Bild von dem vollen Umfange der Erwerbslosigkeit. Aber die Grundzahlen geben gute Anhaltspunkte und Vergleichsmöglichkeiten. Sie zeigen uns, daß die Arbeitslosigkeit seit der Stabilisierung verglichen mit dem Vorkriegsstande erheblich höher ist: Während vor dem Kriege in Zeiten heftigster akuter Krise die Zahl der Arbeitslosen höchstens 700 000 betrug, steigt sie jetzt auf 1,6, 2, ja bis 2,5 Millionen. Dazu kommt, daß Depression und Prosperität seit der Stabilisierung viel schneller als früher aufeinander folgen, die Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft zugenommen hat, die Arbeiterschaft viel heftiger gerüttelt und geschüttelt wird als ehemals.

Für das Wachstum der industriellen Reservearmee können eine ganze Reihe von Ursachen zutreffen. Der gegenwärtige Zustand als Dauererscheinung hat drei Gründe: erstens die unaufhaltbare Rationalisierung, die fortgesetzte Verdrängung menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine, zweitens die Proletarisierung großer Teile des Mittelstandes, drittens die erhöhte Kapitalakkumulation und die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals.

Der Kapitalismus vermag mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, wie beiläufig auch andere hochkapitalistische Länder, namentlich England, zeigen, nicht fertig zu werden. Es ist keine Phrase mehr, sondern eine durch die Geschichte erhärtete Tatsache, daß der Kapitalismus auf Grund seiner Akkumulationsgesetze immer größere Scharen von Arbeitslosen hervorbringt, die seine eigene Existenz gefährden müssen.

IV. Preise, Löhne

Sinkende Konjunktur — steigende Preise, das ist das Zeichen, in dem das Jahr 1928 seinem Ende entgegengeht und das neue Jahr (Krisenjahr?) beginnt. Wir möchten uns, um die tatsächlich eingetretene Teuerung festzustellen, nicht an irgendeinen vagen Preisindex halten, sondern wir wählen den

Lebenshaltungsindex des Reichsstatistischen Amtes

(1913—14 = 100)	Gesamt-Lebenshaltung		Ernährung		Wohnung		Bekleidung	
	1927	1928	1927	1928	1927	1928	1927	1928
	Januar	144,6	150,8	150,7	151,9	104,9	125,5	156,7
Februar	145,4	150,6	152,3	151,2	104,9	125,6	156,4	167,9
März	144,9	150,6	151,2	151,0	104,9	125,6	156,4	168,7
April	146,4	150,7	150,3	151,0	115,1	125,5	155,9	169,9
Mai	146,5	150,6	150,8	150,8	115,1	125,5	155,7	170,3
Juni	147,7	151,4	152,8	152,1	115,1	125,6	156,4	170,4
Juli	150,0	152,6	156,8	154,1	115,1	125,7	156,4	170,5
August	146,6	153,5	150,3	155,6	115,1	125,9	157,7	170,5
September	147,1	152,3	150,6	153,1	115,1	125,9	159,6	170,8
Oktober	150,2	152,1	151,6	151,8	125,4	125,9	162,3	171,5
November	150,6	152,3	152,0	152,0	125,4	125,9	164,2	172,0
Dezember	151,3	—	152,8	—	125,4	—	165,7	—

Daraus ist ersichtlich, daß die Preise auch noch während der letzten Monate des Jahres, als die Krise bereits im vollen Gange war, die steigende Tendenz beibehielten. Das amtliche Konjunkturforschungsinstitut muß diese Tatsache in seiner Jahresübersicht zugeben, indem es schreibt: „Wenn auch die hohen und zum Teil während des Jahres 1928 noch steigenden Preise für industrielle Fertigwaren der Ausdehnung des mengenmäßigen Absatzes vielfach hemmend im Wege standen, so waren doch diese Hemmungen bisher nicht so stark, daß krisenhafte Liquidationen der Warenvorräte vorgenommen werden mußten (Zahl der Konkurse 1928 8290, der Vergleichsverfahren 3341, Vorjahr: 5809 und 1501; d. Verf.). Zu einem anderen Teil mag auch der Einfluß verbandlicher Preispolitik zu der Stabilität des Preisniveaus für Industrieerzeugnisse beigetragen haben.“ Das ist ein vorsichtiges Urteil. In der Tat ist es grotesk, daß durch die Kartelle, Syndikate und Trusts die Preise künstlich hochgehalten werden.

Und die Löhne? Wir lassen auch hier die amtlichen Ziffern folgen:

Monate	Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (in Millionen Mark)			Tatsächlicher Wochenlohn der Arbeiter (in Mk.)					
				ge-lernte	un-gelernte	ge-lernte	un-gelernte	ge-lernte	un-gelernte
	1926	1927	1928	1926		1927		1928	
Januar	107,9	112,4	141,8	45,98	33,92	46,40	34,37	48,96	36,91
Februar	88,2	95,3	117,8	46,02	33,95	46,43	34,52	49,07	37,—
März	89,7	98,2	117,3	46,02	33,95	46,93	34,80	49,16	37,08
April	88,8	102,5	120,7	46,—	33,89	47,97	36,01	49,99	37,77
Mai	90,9	105,7	122,8	46,02	33,95	48,98	36,59	51,29	38,74
Juni	92,6	109,6	126,1	45,93	33,92	49,17	36,70	51,40	38,85
Juli	94,6	114,9	129,5	45,92	33,91	49,17	36,70	51,42	38,86
August	93,7	111,6	125,9	45,92	33,92	49,09	36,63	51,53	39,26
September	93,4	115,2	129,6	46,37	34,20	49,02	36,63	51,71	39,82
Oktober	96,1	124,1	126,4	46,31	34,27	49,21	36,84	52,10	40,17
November	97,9	124,6	124,8	46,31	34,38	49,39	36,98	52,15	40,21
Dezember	105,9	129,5	—	46,36	34,44	49,43	37,01	—	—

Niemand wird, wenn er die Preise und die Löhne vergleicht, ein schnelleres Steigen der Löhne behaupten wollen. Im übrigen ist der Vergleich von Preisen und Löhnen immer nur eine Vergleichsmöglichkeit, um festzustellen, ob die Steigerung der Löhne berechtigt und notwendig ist. Die bisherige Geschichte des Kapitalismus ist noch immer dadurch gekennzeichnet, daß schneller als die realen Löhne die Menge des akkumulierten Kapitals stieg. Das liegt tief im Wesen des Kapitalismus begründet, der seine Herrschaft über die Produktionsmittel immer in dem Sinne der beschleunigten Kapitalanhäufung ausnutzen wird. Das Mittel dazu ist nicht nur der fortgesetzte Druck auf die Löhne, die Forcierung der Preise, sondern in bestimmten Situationen mehr noch der technische Fortschritt, die Rationalisierung überwiegend zum Vorteil der Kapitalistenklasse.

Die gewerkschaftliche Taktik, die ganze Kraft unablässig für die Erhöhung der Reallöhne der Arbeiterschaft einzusetzen, ist deshalb durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung als vollauf richtig erwiesen worden. Es gibt kein anderes Mittel der materiellen Selbstbehauptung der Arbeiterklasse, es ist außer den Gewerkschaften in der Wirtschaft kein anderer Faktor vorhanden, der das notwendige Gegengewicht bilden könnte. Die Arbeiterklasse würde rettungslos der Verelendung verfallen, beschritte sie nicht energisch und zielbewußt den Weg des Lohnkampfes, und die Wirtschaft liefe Gefahr, einzuschumpfen und sich totzulaufen, würde nicht immer wieder durch die Gewerkschaften auf eine gerechtere und vernünftigere Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsproduktes hingesteuert. Wer hier mit dem Argument der mangelnden Rentabilität oder mit der ungenügenden Kapitalbildung kommt, der beweist auch uns, daß für ihn die Kapitalakkumulation wichtiger ist als die Hebung der Massenkaufrast und die Stärkung des Lebensstandards des arbeitenden Volkes.

:::

:::

:::

Rationalisierung und Arbeiter im Steinkohlenbergbau

A. Halbfeil (Buer-Scholven)

Unter den Wirtschaftszweigen, die unter dem starken Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren zu weitgehender Rationalisierung schreiten mußten, nimmt der Ruhrbergbau eine der ersten Stellen ein. Wenn er sich trotz der Konkurrenz der mächtigen deutschen Braunkohlenlager und der mit manchem natürlichem Vorteil ausgestatteten, oft staatlich subventionierten englischen Kohle auf dem inneren und äußeren Kohlenmarkt behaupten konnte, so liegt das neben der Tüchtigkeit und dem Fleiß aller im Bergbau Tätigen daran, daß er es verstand, Organisation und technischen Betrieb wirtschaftlich zu gestalten.

Unter dem Schlagwort „Rationalisierung“ sind im allgemeinen organisatorische und technische Verbesserungen zu verstehen, mit deren Hilfe ein rationelleres Arbeiten, das heißt eine Erhöhung der Arbeitsleistung oder eine Verbesserung des Arbeitsproduktes oder eine Verbilligung der Betriebskosten oder auch diese drei Vorteile zusammen erzielt werden.

Im folgenden sollen die organisatorischen und technischen Umstellungen im Ruhrbergbau und die damit erzielten Erfolge besprochen werden. Des weiteren gilt es, die Einwirkungen der Rationalisierung auf Arbeiter und Angestellte des Bergbaus festzustellen und die Einstellung derselben zum Rationalisierungsproblem zu klären.

1. Organisatorische Umstellung

Die Zusammenschlußbewegung im Ruhrbergbau ist auch heute noch nicht abgeschlossen, sowohl nach der horizontalen als auch nach der vertikalen Richtung. Als Beispiel für den horizontalen Zusammenschluß diene neben der Verschmelzung des Mülheimer Bergwerksvereins mit den Stinnes'schen Zechen der staatliche Bergbau. Er wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und eng an die „Hibernia“ angegliedert, so daß hier ohne eigentliche Verschmelzung ein neuer horizontaler Großkonzern des Steinkohlenbergbaus entstand, der mit einer Syndikatsbeteiligungsziffer von 13,5 Millionen Tonnen den größten reinen Steinkohlenkonzern Deutschlands darstellt. Die Vorteile aus der horizontalen Vereinigung sind mannigfacher Art und teilweise denen in anderen Wirtschaftszweigen gleich; es erübrigt sich daher, auf die Ersparnisse, die hierdurch in Verwaltung, Ein- und Verkauf entstehen, näher einzugehen, zumal da sie zahlenmäßig nicht bekannt sind. Beim Zusammenschluß von Bergwerken lassen sich darüber hinaus Vorteile erzielen durch bessere Ausnutzung der Lagerstätten, größere Beweglichkeit in bezug auf Qualität der Kohle und besonders im Ruhrbergbau durch Ausnutzung der günstigsten Frachtlage. Im Ruhrkohlenbergbau liegt in der Verbindung von Bergwerken und Verbrauchern von Koks, also einem vertikalen Zusammenschluß, wie z. B. bei der Gründung der Vereinigten Stahlwerke AG., die mit einer Syndikatsbeteiligungsziffer von 34,8 Millionen Tonnen den größten Kohlenkonzern Europas darstellen, der Vorteil, daß mit Abschluß der Verbindung bei genügender Verbrauchsbeteiligungsziffer der Absatz der schwer abzusetzenden Feinkohlenprodukte gesichert und somit die Handelskraft verstärkt wird. Dasselbe gilt beim Zusammenschluß mit anderen Verbrauchern der Feinkohlen oder deren Produkte. Oft können bei vertikaler Verbindung durch eigene Transportmittel Transportkosten gespart werden. Ein wesentlicher Vorteil der Zusammenfassung von Bergwerken und Kohlen- und Koksverbrauchern liegt jedoch darin, daß man die Grube auf den Verbraucher einstellen kann, so daß man z. B. einen Koks von bestimmter Qualität herstellt, woran man, wenn der Koks auf den Markt gebracht werden müßte, nicht interessiert wäre.

Die zahlreichen Zechenstilllegungen waren in ihren Auswirkungen zweifellos rationeller Art. Darüber, daß Stilllegungen erfolgen mußten, waren sich ebenso wie in England bei uns alle Beteiligten klar. Nur über die Art der Durchführung gingen die Meinungen auseinander. Tatsache war und ist auch heute noch, daß die Gruben des Ruhrgebiets 150 bis 160 Millionen Tonnen Kohlen fördern können, denen nur eine Absatzmöglichkeit von 100 bis 120 Millionen Tonnen gegenübersteht. Ein Leerlauf von 20 bis 30 vH ist aber auf die Dauer unerträglich, weshalb neben den Stilllegungen ganzer Gruben Stilllegungen einzelner Betriebsteile auf vielen Gruben vorgenommen

wurden. Das gesamte Grubengebäude des Ruhrgebiets ist also stark eingeschränkt worden, vornehmlich durch Stilllegung der schlechteren Betriebe und Flöze, so daß der Rest des Ruhrbergbaus nicht nur einen Teil unproduktiver Unkosten abgestoßen hat, sondern jetzt auch unter durchschnittlich besseren Bedingungen vor sich geht.

In letzter Zeit sind **organisatorische** Maßnahmen in erster Linie Zusammenfassung mehrerer Anlagen unter Stilllegung einzelner Tagesbetriebe beliebt. Man erhöht so die Förderung einzelner Anlagen bedeutend und will bei solchen Anlagen auf Tagesförderungen von 6000 Tonnen und mehr kommen.

Der „Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen“ zählt in seinem letzten Jahresbericht **organisatorische** Maßnahmen folgende auf:

- a) Zusammenlegung von zwei oder mehr Schächtanlagen zu einer Großförderanlage.
- b) Ausschaltung von Flözen, die abbaunwürdig sind.
- c) Verminderung der Zahl der Betriebspunkte (Betriebszusammenfassung) unter gleichzeitiger Steigerung ihrer Förderung durch richtige Bemessung der Streckhöhen, stärkere Belegung der Abbaustütze und schnelleren Abbaufortschritt.
- d) Verbilligung der Bergeversatzkosten.
- e) Verkürzung des Gesamtstreckennetzes unter Verwendung neuerer Ausbaumethoden.
- f) Sonstige organisatorische Maßnahmen, wie die weitere Durchführung der revierweisen Seilsfahrt usw.

2. Technische Umstellung

Die Rationalisierung im Verwaltungsbetriebe durch Einführung verbesserter Methoden oder Büromaschinen gleicht in Art und Erfolgen denen in anderen Wirtschaftszweigen. Sie läßt sich nur indirekt und annäherungsweise bestimmen an Hand der Verringerung der kaufmännischen Angestellten, wenn auch ein Teil derselben infolge der besprochenen organisatorischen Maßnahmen abgebaut wurde oder deshalb, weil nach der Inflation einige Arbeitsgebiete in Fortfall kamen.

Anders liegen die Verhältnisse im Betrieb. Greifen auch Tages- und Grubenbetrieb stark ineinander, so waren doch die Verhältnisse über Tage klarer und boten für die Rationalisierung eher Angriffspunkte als unter Tage. Am auffälligsten war zunächst die Rationalisierung in der **Dampf- und Elektrizität**, die schon kurz nach dem Kriege begann. Sie ist heute auf eine Höhe gebracht, die große Fortschritte nur in längeren Zeiträumen gestatten wird. Das Wort „Wärmewirtschaft“ hat sich in der Industrie der gesamten Welt Geltung verschafft. Im Ruhrbergbau, der in der ersten Zeit nach dem Kriege 8 bis 10 vH seiner verkäuflichen Produktion zur Kraft erzeugung verbrauchte, werden heute neben Abhize, Überschußgasen der Kofereien und Kohlenstaub nur noch unverkäufliche Abfallprodukte verbraucht, von denen noch große Mengen zur Erzeugung überschüssiger, verkäuflicher elektrischer Kraft verwandt werden.

Einrichtungen zur **Ersparung** von Arbeitskräften wurden allgemein eingeführt. Das moderne Kesselhaus wird mechanisch besetzt, wodurch man zahlreiche Heizer einspart. An der Hängebank ersetzt ein selbsttätiger Wagenumlauf 50 bis 60 vH der sonst benötigten Arbeiter. Auch in den Werkstätten

konnten Neuerungen eingeführt werden, die Arbeit und Kraft sparen. Trotz der ungünstigen Beschäftigung des Ruhrbergbaus (30 vH Leerlauf) konnte daher die Anzahl der Tagesarbeiter so stark eingeschränkt werden, daß das Ergebnis heute besser ist als 1913. Der Anteil der Tagesarbeiter an der bergmännischen Belegschaft betrug 1913 im Ruhrbergbau 23 vH, 1918 29 vH, 1922 26 vH, 1924 24 vH, 1925 23 vH und 1926 bis heute 22 vH. Eine Verringerung dieses Satzes dürfte nur bei vermehrter Einstellung von Untertagearbeitern möglich sein.

In den Kokereien und Nebenbetrieben erfolgte ebenfalls eine weitgehende Rationalisierung. Es sind viele zentrale Kokereien entstanden, die stark mechanisiert sind. Auf einer solchen Kokerei sind heute nur noch 25 vH der Arbeiterzahl von 1922 beschäftigt, trotzdem die gleiche Menge Kohlen durchgesetzt wird.

„Fließarbeit“ ist im allgemeinen nur in der weiterverarbeitenden Industrie bekannt; sie wird jedoch ganz ähnlich wie in solchen Betrieben auch auf einer modernen Grube angewandt, wobei das Arbeitstempo im Bearbeitungsprozeß der Kohle von den Maschinen bestimmt wird, die statt des Arbeiters in der Fabrik hier am Band stehen.

Noch in vollem Fluß ist die Rationalisierung der Untertagebetriebe. Die Ausbildung der gelernten Arbeiter (Hauer) ist (teilweise auch mit Hilfe der *Psychotechnik*) stark verbessert worden. Der vermehrten Anwendung von Maschinen im Untertagebetrieb standen und stehen auch heute noch mannigfache Schwierigkeiten entgegen. Es mußte daher zuerst eine planmäßige Betriebsüberwachung einsetzen, die aber auch heute noch in den Kinderschuhen steckt, ehe auf der Grundlage von Zeitstudien, die man früher überhaupt beim Bergbau für unmöglich hielt, zahlreiche Mängel, die durch Einschaltung der Maschinen hervorgerufen wurden, erkannt und abgestellt werden konnten. Der Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen bearbeitet in mehreren Ausschüssen fortlaufend diese Fragen. Ebenso widmen sich die Sachverständigenausschüsse des Reichskohlenrats diesen Aufgaben, so daß es an Anregungen und Vergleichsunterlagen nicht fehlt. Die starke Vermehrung der Materialkosten ist hauptsächlich auf die vermehrte Anwendung von Maschinen zurückzuführen, so daß es auf mancher Grube zweifelhaft war, ob die vermehrte Einführung von Maschinen auch finanziellen Vorteil bot. Die Vermehrung der Maschinen im Untertagebetrieb erstreckt sich hauptsächlich auf Gewinnungsmaschinen. Der Transport der Kohle war schon seit jeher stärker mechanisiert. Das Grubenpferd, das neben der menschlichen Kraft schon immer verwandt wurde, ist fast vollständig verdrängt. Neben der Preßluftlokomotive beherrscht die elektrische Fahrdrathlokomotive das Feld, die weit billiger im Betrieb ist als alle anderen. Wegen der Schlagwettergefahr läßt sie sich, wie ja überhaupt die elektrische Maschine, leider nicht überall verwenden. Transportable Drahtseilbahnen sind an vielen Orten an die Stelle der Schlepper getreten. Über Art und Zahl der im Ruhrbergbau verwandten Kohlengewinnungsmaschinen sind in letzter Zeit vielfach unrichtige Zahlen veröffentlicht worden. Nach den neuesten Feststellungen ergeben sich für die im Ruhrbergbau verwandten Kohlengewinnungsmaschinen folgende Zahlen:

Maschinengattung	1913	1925	1926	1927	Zu- oder Abnahme der in Betrieb befindlichen Masch. 1927 geg. 1925
Abbauhämmer	217	41 309	45 299	64 428	+ 55,97
Großschrämmaschinen	15	605	470	358	- 40,83
Kohlenschneider	—	366	233	186	- 49,18
Säulenschrämmaschinen	265	866	574	421	- 51,39
Bohrhämmer	11 656	36 502	33 104	33 559	- 8,06
Drehbohrmaschinen	37	2 618	1 977	1 700	- 35,06
Schüttelrutschenmotoren	1 922	7 175	6 461	6 571	- 8,42

Fast die Hälfte der im Jahre 1925 geförderten Kohlen wurde unter Zuhilfenahme dieser Maschinen gewonnen oder gefördert, während die andere Hälfte noch durch Hand- und Schießerarbeit gewonnen wurde. Es wurden verwandt bei der Gewinnung von 20 Mill. Tonnen leichtere Abbauhämmer, bei 14 Mill. Tonnen schwerere Abbauhämmer, bei 1 Mill. Tonnen Kohlenschneider, bei 0,3 Mill. Tonnen mittlere Großschrämmaschinen, bei 5 Mill. Tonnen schwere Großschrämmaschinen, bei 1 Mill. Tonnen Säulenschrämmaschinen und bei 3 Mill. Tonnen Schrämmaschinen und Abbauhämmer gemeinsam. 33 Mill. Tonnen wurden im Abbau durch Schüttelrutschen befördert. Auffallend und erfreulich ist die Abnahme der Bohrhämmer und Drehbohrmaschinen in 1925 gegenüber 1924, die mit einer Abnahme der Sprengarbeit zusammenhängt. Nicht nur aus sicherheitlichen Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf die Kohlenqualität (Stückkohlenfall) und aus betrieblichen Gründen wird versucht, die Sprengarbeit durch Schrämmaschinen und Abbauhämmer überflüssig zu machen.

Im Jahre 1927 betragen die mit Hilfe dieser Maschinen geförderten Kohlenmengen schon 80 vH der gesamten Förderung. Es wurden verwandt bei der Gewinnung von 82 Mill. Tonnen Abbauhämmer, bei 2,5 Mill. Tonnen Großschrämmaschinen, bei 4 Mill. Tonnen Großschrämmaschinen und Abbauhämmer, bei 600 000 Tonnen Kohlenschneider, bei 1,2 Mill. Tonnen Kohlenschneider und Abbauhämmer, bei 800 000 Tonnen Säulenschrämmaschinen und Abbauhämmer. Die durch Hand- und Schießerarbeit gewonnene Kohlenmenge sank auf 19 Mill. Tonnen, eine Menge, die sich wesentlich nicht mehr unterschreiten läßt. Der Abbauhämmer ist nach all diesen Feststellungen die Hilfsmaschine, welche der technischen Seite der Rationalisierung im Ruhrbergbau ihren Stempel aufgedrückt hat, während die Schüttelrutsche organisatorisch und technisch umwälzend wirkte.

Eine besondere Stelle nehmen die Normungsbestrebungen ein, die ebenfalls gute Erfolge aufzuweisen hatten. Sie wirken ersparend in bezug auf Arbeit, Zeit und finanzielle Aufwendungen und bieten auch für die Zukunft noch manche Aussicht.

3. Erfolge der Rationalisierung

Der Erfolg all dieser Rationalisierungsmaßnahmen drückt sich zum Teil in den erhöhten Förderanteilen je Mann und Schicht und damit in den Lohnkosten aus, die trotz einer Steigerung der Löhne um 51 vH nur um 22 vH gestiegen sind. Ob die zweifellos vorhandene Mehrleistung der im Bergbau

beschäftigten Arbeiter und Angestellten durch die erhöhten Löhne ausreichend abgegolten ist, ist natürlich umstritten. Um ein ungefähres Bild über die Erfolge der Rationalisierung zu geben, seien folgende Angaben gemacht über Förderanteil, Lohn und Lohnkosten je Tonne Förderung der bergmännischen Belegschaft.

Jahr	Förderanteil in kg	vH gegen 1913	Gesamteinkommen des Arbeiters je Schicht	vH gegen 1913	Lohnkosten je Tonne in Wfl.	vH gegen 1913
1913	948	100	5,64	100	5,98	100
1924	657	91	5,94	105	6,93	114
1925	946	100	6,82	122	7,31	122
1926	1114	118	7,61	135	6,83	114
1927	1132	120	8,07	141	7,13	120
1928 (1. Halbjahr) . .	1176	125	8,51	151	7,24	122

Aus den Erfolgen der Rationalisierung bei den Kokereien sei auf die Vereinigten Stahlwerke hingewiesen, die 23 Kleinkokereien stilllegten und statt dessen 7 neue Großkokereien errichteten. Infolge der Mehrleistung des Personals und der technischen und organisatorischen Verbesserungen stieg die Koksproduktion je Arbeiter und Schicht von 6 auf 24 Tonnen.

Zahlenmäßig greifbar lassen sich freilich die Erfolge der Rationalisierungsmaßnahmen nicht darstellen; man muß sich daher mit den oben gegebenen Stichproben begnügen. Aber auch wenn es möglich wäre, den Ruzeffekt fest zu umreißen, so würde doch noch ein unfertiges Bild entstehen, da mit jeder rationalisierenden Maßnahme auch Aufwendungen verknüpft sind, die in wechselndem Umfang wieder einen Teil der Ersparungen vorübergehend binden und sich erst allmählich amortisieren oder in Mehrertrag umsetzen.

Die Möglichkeiten weiterer Rationalisierung im Bergbau sind natürlich noch nicht erschöpft. Es muß auch für die Zukunft mit weiteren organisatorischen und technischen Umstellungen gerechnet werden. Besonders auf letzterem Gebiete ist, da im Bergbau die Handarbeit noch einen breiten Raum einnimmt, mit einem weiteren Ausbau zu rechnen, wenn auch das Tempo der Umstellungen mit der Dauer der Zeit langsamer wird.

Von den Rationalisierungsmaßnahmen werden Arbeiter und Angestellte des Bergbaus natürlich stark betroffen. Die Betriebsstilllegungen und -einschränkungen, verbunden mit der Mechanisierung vieler Arbeitsprozesse, drücken sich in einer starken Verminderung der Zahl der Beschäftigten aus, wie aus nachfolgender Gegenüberstellung hervorgeht.

Gewinnung und Belegschaft des Ruhrbezirks

Jahr	Arbeits-tägliche Förderung	Zahl der Beschäftigten		Jahr	Arbeits-tägliche Förderung	Zahl der Beschäftigten	
		Arbeiter	Angestellte			Arbeiter	Angestellte
1918 . .	860	426083	19643	1926 . .	871	384507	23360
1922 . .	822	552384	29078	1927 . .	390	407577	28461
1924 . .	310	462693	28159	Aug. 1928	364	378660	23251
1925 . .	845	433579	25798				

Infolge der Einführung der revierweisen Seilfahrt und der Festlegung oder der Beseitigung gewisser Pausen wurde die reine Arbeitszeit der Untertagebelegschaft, trotzdem die Schichtzeit von $8\frac{1}{2}$ auf 8 Stunden sank, verlängert, so daß heute für die eigentliche Arbeit unter Tage mehr Zeit zur Verfügung steht als 1913. Mit Hilfe der wissenschaftlichen Betriebsführung gelang es an vielen Stellen, im Betriebe Zeit, Kraft und Material zu sparen, was sich jedoch oft in einer neuen Belastung der Arbeiter und Angestellten auswirkte. Der Ausbildung der Bergarbeiter mußte neue geänderte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das vermehrte Arbeiten mit anderen oder neuartigen Maschinen hat ebenfalls für die Beteiligten manche Unannehmlichkeiten. Die starken Erschütterungen durch die Preßluftwerkzeuge, der ungeheure Lärm dieser Maschinen, sowie der Schüttelrutschen und der Schrämmaschinen, die starke Staubentwicklung, die neuen und vermehrten Unfallgefahren werden als äußerst lästig empfunden. Das Arbeitstempo hat allgemein eine Verschärfung erfahren.

4. Bergarbeiterschaft und Rationalisierungsfrage

Da alle diese Auswirkungen den Arbeitern und Angestellten mehr oder weniger große Lasten auferlegen, so ist es verständlich, daß sie sich gegen diese Auswirkungen wehren. Besonders unangenehm war ihnen auch, wie sich aus der Presse und aus den Verhandlungen im Reichskohlenrat ergibt, daß an einigen Stellen die Bedinge, das sind die Akkorde, mit Hilfe der Stoppuhr festgesetzt wurden.

Trotzdem erkennen die Gewerkschaften grundsätzlich die Richtigkeit der Rationalisierungsbestrebungen an. Zur Beseitigung der Mängel und der für Arbeiter und Angestellte entstehenden Belastungen verlangen sie Ausgleich in einer höheren Entlohnung oder kürzerer Arbeitszeit, vermehrten Gesundheits- und Unfallschutz und im Falle von Betriebseinschränkungen und Stilllegungen Entschädigungen, ähnlich wie sie im Kalivirtschaftsgesetz schon vorgesehen sind, damit sie für die Zeit der Beschaffung oder Erlernung anderer Arbeit nicht unerschuldet in Not geraten.

:::

:::

:::

Expansion der Konzerne im zweiten Halbjahr 1928

Fritz König (Stuttgart)

In der Elektrizitätswirtschaft (Krafterzeugung und -versorgung) verdienen die Expansionsbestrebungen der VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen) G. m. b. H. und des RWG (Rheinisch-westfälisches Elektrizitätswerk) besondere Beachtung. Die VEW hat sich im letzten Halbjahr mit dem Elektrizitätsverband Büren-Brilon verschmolzen, der durch seine Mitgliedschaft im „Elektrozweckverband Mitteldeutschland Kassel“ in Verbindung mit der Hochspannungsleitung der „Preußischen Elektrizitäts-AG“, Berlin steht. Weiter hat sich die VEW die Gas- und Ullwerke AG, Heddinghausen, das kommunale Uckerlandwerk Wittgenstein in Verleberg und das Elektrizitätswerk Niederrarfelderg G. m. b. H. (Kreis Brilon) angegliedert. Mit den Gemeinden Winterberg und Ramsdorf wurden Kon-

zessionsverträge abgeschlossen unter gleichzeitiger Uebernahme der Leitungsnetze dieser Stadtgemeinden. Durch die Verschmelzung mit den Elektrizitätswerken der Kreise Meschede, Büren, Brilon und Wittgenstein hat das Versorgungsgebiet der WE eine Ausdehnung um etwa 2820 Quadratkilometer auf insgesamt rund 13400 Quadratkilometer mit rund drei Millionen Einwohnern erfahren. Es erstreckt sich jetzt über 36 Stadt- und Landkreise, umfaßt den weitaus größten Teil der Provinz Westfalen und reicht im Westen von der holländischen Grenze und der Grenze der Rheinprovinz bis an die Grenze von Waldeck und Hessen-Nassau im Osten.

Die andauernde Expansion des RWE kommt sowohl in der Steigerung des Stromabsatzes als in finanziellen Beteiligungen und Angliederungen zum Ausdruck. Im zweiten Halbjahr 1928 hat sich das RWE die Elektrizitäts- und Wasserwerke der Stadt Trier angegliedert. Weiter wird sich das RWE an dem Bau und Betrieb eines neuen schweizerischen Großkraftwerks beteiligen (Klingnauprojekt). Dieses Projekt sieht die Gründung einer Gesellschaft vor mit je einem Drittel Beteiligung des Kantons Argau, des RWE und einer Schweizer Gruppe. Die Neuorganisation der Absatzgebiete des RWE hat in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht. Das Ziel der Elektropolitik des RWE ist die Verknüpfung aller Hauptgebiete durch 220000 Volkleitungen, deren Knotenpunkt die Hauptspannstation Braunweiler bei Köln bilden wird. Von dort gehen die Leitungen nach dem Speicherkraftwerk Herdecke a. d. Ruhr in östlicher, nach Wesel und Jbbenbüren in nördlicher, nach Weisweiler in westlicher und nach Koblenz in südlicher Richtung. Von dem östlichen Ende der RWE-Leitungen soll eine Leitung nach Hannover und nach Mitteldeutschland gelegt werden. Im Augenblick am wichtigsten sind aber die Südleitungen. Von Koblenz geht die eine Abzweigung über Trier bis zum Saargebiet, die andere über Höchst (Anschluß an das Bayernwerk) und Rheinau (Anschluß an das Badenwerk) in die Gegend von Stuttgart. Die Leitung von dort nach Rorarlberg ist ebenso wie das dortige Wasserkraftwerk im Bau. Mit fast allen größeren Stromproduzenten der von der Südleitung berührten Gegenden steht das RWE im Vertragsverhältnis.

Schließlich ist noch auf die Expansion staatlicher elektrowirtschaftlicher Unternehmungen hinzuweisen. Die Elektrowerke des reichseigenen Industriekonzerns Viag (Vereinigte Industrieunternehmungen AG, Berlin) gründete gemeinsam mit der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Gesfürel) und drei anderen Unternehmungen das Ostkraftwerk AG in Cosel; die Mehrheit des Aktienkapitals bleibt in der Hand des Staates. Auch der sächsische Staat hat seine Elektrizitätsinteressen erweitert durch Beteiligung der im Besitz der staatlichen „Sächsische Werke AG“ befindlichen Elektra-AG an der Thüringischen Elektrizitäts- und Gas-AG in Apolda.

4. Elektrotechnik und Feinmechanik

In der elektrotechnischen und feinmechanischen Industrie beansprucht die Expansion des Siemens- und AEG-Konzerns, sowie der Osram-Gesellschaft, des Fulda-Konzerns und der Columbia-Lindström-Gruppe

besonderes Interesse. Die Firma Siemens & Halske hat durch Beteiligung an zwei englischen Firmen im Ausland neue Stützpunkte gewonnen und außerdem ihre Auslandsinteressen durch eine Neubeteiligung erweitert. Die AEG gründete gemeinsam mit der von ihr zum Teil beherrschten Firma Felten & Guilleaume — die ihrerseits wieder besonders expansiv tätig ist — in Argentinien die Firma Sociedad Electro Metalurgico Argentina S. A. (Buenos Aires). Die von Siemens und der AEG gemeinsam kontrollierte Osram-Gesellschaft hat sich in Schweden weiter ausgedehnt. Der Fuld-Konzern gründete nach der Interessennahme an der Telephonfabrik Berliner in Frankfurt a. M. ein neues Unternehmen. In fortwährender Expansion ist die englisch-deutsche Gruppe Columbia-Lindström begriffen. Diese hat mit dem französischen Unternehmen Société de Machines Parlantes Pathé Frères ein Abkommen getroffen, wonach 80 vH des Aktienkapitals der Pathé Frères in den Besitz von Lindström übergehen. Die Expansion des internationalen Grammophontrusts Columbia-Lindström hat neuerdings auch auf das Interessengebiet der bekannten holländischen Firma Küchenmeister (Internationale Ultraphoon Maatschappij Amsterdam) übergegriffen.

Nachstehende Tabelle gibt über die Expansion von Konzernen der elektrotechnischen und feinmechanischen Industrie Aufschluß.

Konzerne	In den Interessentenkreis einbezogene Firmen	Art der Einflußnahme (Zusammenschlußform)
Siemens & Halske	Deutsche Lieder-Dienst, G. m. b. H., Berlin	Beteiligung
" "	Siemens Brothers & Co., Ltd., London	Gegenseit. Interess.nahme
" "	Continental Photomaton Corp., Ltd., London	Beteiligung
AEG	Sociedad Electro Metalurgico Argentina S. A., Buenos Aires	Gründungsbeteiligung (gemeinsam mit Felten)
"	Maja, G. m. b. H., Berlin	Neugründung (gem. mit F. G. Farbenindustrie)
Felten & Guilleaume	Felten & Guilleaume (Eichweiler Draht)	Umgründung
" "	Kabelfabrik in Polen	Gründungsbeteiligung
" "	Sociedad Eschw., Metalurgico Argentina, S. A. Buenos Aires	" (gem. mit der AEG)
Osram	Elektra Verken A. B., Stockholm	Majoritätsbeteiligung
Brown-Boveri	Foreign Light and Power-Company Montreal (Kanada)	Mittelbare Beteiligung
" " (Kraftanlagen Heidelberg)	Deutsche Evaporator AG, Berlin	" "
Fuld	H. Fuld & Co., Telephon- und Telegraphenwerke AG, Frankfurt a. M.	Neugründung
Lorenz	Telephonfabrik W. Gurlt, G. m. b. H., Berlin	Verstärkte Einflußnahme (Majoritätsbeteiligung)
Columbia-Lindström	Société de Machines Parlantes Pathé Frères	Majoritätsbeteiligung

Wie aus der hier in knappen Zügen gegebenen Darstellung zu ersehen ist, hat die Ausdehnung der Konzerne in verschiedenen Branchen-zweigen und Interessengebieten der Metallindustrie erhebliche Fortschritte gemacht. Waren nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts Ende

des Jahres 1927 über 80 vH des Aktienkapitals der Eisenindustrie, 43 vH des Aktienkapitals der Maschinenindustrie, 82 vH des Aktienkapitals der Krafterzeugung und -Versorgung und 84 vH des Aktienkapitals der elektrotechnischen Industrie von Konzernen und konzernähnlichen Verbindungen innerhalb dieser Branchen erfaßt, so ist durch die Expansions- und Konzentrationsbewegung des Jahres 1928 eine weitere Akkumulation des Kapitals erfolgt. Der Ballungsprozeß, die Entwicklung, die sich in der Industrie vollzieht, ist nichts anderes als die Erfüllung der Voraussagen von Karl Marx, des großen Wirtschaftstheoretikers und Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus.

Es ist heute notwendiger denn je, die kapitalistische Expansion unter Kontrolle zu halten — soweit dies die unzulänglichen gesetzlichen Publikationsvorschriften ermöglichen. Die Öffentlichkeit und in erster Linie die Arbeiterschaft hat das Recht über die oftmals rein machtpolitischen Interessen dienenden Kapitalverschachtelungen unterrichtet zu werden. Die Arbeitnehmer — Hand- und Kopfsarbeiter — sollten aber aus den kapitalistischen Zusammenballungen die nötigen Konsequenzen ziehen und sich geschlossen um ihre Organisation scharen, denn nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten kann die Expansion des Kapitals und der damit verbundene Einfluß auf den Staat und die Wirtschaft kompensiert werden.

Eine Milliarde Luftfahrtsubventionen

Heinrich Ströbel (Berlin)

Zwischen dem Reichstagsabgeordneten Sachsenberg, Mitglied der Wirtschaftspartei und des Junkers-Konzerns, und der Deutschen Lufthansa AG. hat sich in der letzten Zeit eine Auseinandersetzung abgespielt, die ungemein interessant ist und, wie wir sehen werden, die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Steuerzahler in außerordentlichem Maße angeht.

Der Abgeordnete Sachsenberg hatte in einer Schrift „Entwicklungs- und Wirtschaftsprobleme der deutschen Luftfahrt“ eingehende Kritik an der bisherigen Organisation des deutschen Luftfahrtwesens geübt. Deren Zusammenfassung in der Deutschen Lufthansa, einer mit starker Staatsbeteiligung arbeitenden AG. (im Grunde leben, wie sich zeigen wird, alle in der Lufthansa zusammengefaßten Luftverkehrsellschaften ausschließlich von öffentlichen Mitteln), hatte er aus einer Reihe von Gründen für ungünstig für die Entwicklung der deutschen Luftfahrt erklärt. Einmal leide die Entwicklung an dem Mangel einer gesunden Konkurrenz insofern des Bestehens einer Monopol-Luftverkehrsgesellschaft und zum andern hindere die auch dem Ausland sichtbare Tatsache, daß die Lufthansa ein „Staatsunternehmen“ sei oder doch wenigstens „ein Unternehmen, dessen Führung bei der öffentlichen Hand liegt“, die deutsche Luftfahrt, ihr Verkehrsnetz über die größeren Plätze des umliegenden Auslandes auszudehnen. „Ich glaube,“ so begründet Sachsenberg seine Ansicht, „daß vor dem Kriege kein Mensch auf die Idee gekommen wäre, daß etwa die preußische Staatseisenbahn als Unternehmen für die Er-

richtung der Bagdadbahn aufgetreten wäre, ebensowenig wie heute die Reichs-Eisenbahn den neuen Bahnbau in Persien besorgt oder die jetzt an vielen Stellen projektierten chinesischen Eisenbahnlinien übernimmt."

Will nun der Abgeordnete Sachsenberg die Luftverkehrsunternehmungen faktisch vom Reiche usw. unabhängig machen? Will er auf die Subventionen der öffentlichen Hand verzichten? Ganz und gar nicht! Er fordert genau so fortlaufende und hohe öffentliche Subventionen, wie seine Gegner von der Luft Hansa, nur sollen sie in anderer Form, der Form von hohen Ausführprämien für Flugzeuge erfolgen. Die Abhängigkeit vom Reich soll also bleiben, nur soll sie getarnt werden. Die einzelnen Luftfahrtunternehmungen, die nach wie vor auf öffentliche Kosten arbeiten, sollen den Schein von Privatunternehmungen erhalten, in ihrem Geschäftsgebaren auch unabhängiger sein, aber ihrer Finanzierung nach nichts sein als Stipendiaten der öffentlichen Hand. So begründet daher auch die Kritik des Mitgliedes des Junkers-Konzerns an der Betriebsweise und dem Einzelgebaren der Luft Hansa und des bisherigen behördlichen Subventionensystems sein mag, so leicht haben es seine Gegner in der Luft Hansa mit dem Nachweis, daß auch Sachsenbergs Ausführprämien-system (für mindestens 10 Jahre und später mit langsamem Abbau) „nichts weiter als eine Subventionierung der Luftverkehrsgesellschaften" sei. Nur mit dem Unterschied, daß das Reich den Luftverkehr zwar subventioniere, „aber auf seine Linienführung und seine Entwicklung keinen Einfluß nehmen" könne. (In eigener Sache! Bemerkungen der Deutschen Luft-Hansa AG. zur Denkschrift des Herrn Gotthard Sachsenberg.)

Auf den gleichen ablehnenden Standpunkt wie diese Gegenschrift der Luft-Hansa stellt sich auch eine Broschüre von Wulf Bley: Kampf um die Luftfahrt. Eine Auseinandersetzung mit der Denkschrift des Direktors Sachsenberg. Sie lehnt Sachsenbergs Vorschlag, den Einzelgesellschaften des Luftfahrtwesens wieder ihre Unabhängigkeit zurückzugeben, mit der sehr interessanten Begründung ab, „daß bei der engen Verknüpfung von Luftpolitik und Außenpolitik (!) private Gesellschaften in der Lage wären, der deutschen Außenpolitik . . . die Initiative aus der Hand zu nehmen." Und Bley sowohl wie die Broschüre der Luft Hansa weisen auch darauf hin, daß gerade die Junkerswerke allen Anlaß hätten, mit der Subventionierung zufrieden zu sein, die sie bei dem bisherigen System erhalten hätten. So haben, nach Bley, bei der Schaffung der Luft Hansa im Herbst 1925 „die Junkerswerke insgesamt etwa 80 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln" erhalten, „auch in diesem Jahre haben sie vom Reichswehrministerium etwa 5 Millionen Mark erhalten."

Wie hoch die direkte und indirekte Subventionierung der deutschen Luftschiffahrt durch Reich, Staaten und Gemeinden im ganzen ist, entzieht sich leider der genauen Feststellung. Das Verkehrsministerium allein wendete dafür 1927 und 1928 je 55 Millionen auf. Die Luftschiffahrtsinteressenten sprechen von insgesamt 70 Millionen jährlicher öffentlicher Aufwendungen, doch ist diese Summe wahrscheinlich wesentlich zu niedrig gegriffen, in Wirklichkeit dürften es 80 bis 100 Millionen sein. Davon fließen nur etwa 30 Millionen der Luft Hansa selbst zu, das übrige wird für „Förderung wissenschaftlicher und allgemein-wirtschaftlicher Zwecke auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens", für Flughäfen usw. ausgegeben. Diese Ausgaben sind genau so gut

Subventionen für die Luftfahrt, wie die direkten, denn ohne sie wäre ja der Luftverkehr ebenso unmöglich, wie der Eisenbahnverkehr ohne Bahnhöfe, Güterschuppen, Schienen, Signaldienst usw.

Wenn sich nun Sachsenberg so gut wie die Luftansa oder Wulf Bley trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten darin einig sind, daß die deutsche Luftfahrt „im jetzigen Stadium ohne staatliche Förderung nicht existieren kann“ und eine erhöhte Unterstützung auf mindestens 10 Jahre erfordert, so bedeutet das nichts geringeres als die Zumutung an Reich, Staaten und Gemeinden, für die deutsche Luftfahrt in dem nächsten Dezennium eine runde Milliarde an Zuschuß zu leisten.

Und wozu ein solcher Riesenaufwand auf Kosten der überbürdeten Steuerzahler? Um einer großen Sache der Zukunft Geburtshelferdienste zu leisten? Um ein wichtiges Verkehrsmittel zu schaffen? Nun, nicht wir wollen diese Fragen beantworten, sondern wir wollen sie durch zwei deutsche Fachwissenschaftler beantworten lassen, die soeben eine Broschüre veröffentlicht haben: „Lebensfragen der deutschen Luftschiffahrt“ von Dr.-Ing. Otto Blum und Dr.-Ing. Carl Pirath, Professoren an den technischen Hochschulen in Hannover und Stuttgart. Gerade diese Herren dürfen wir als Sachverständige ansprechen, da sich ja die Broschüre der Luftansa an zahlreichen Stellen auf sie und ihre Schrift als Kronzeugen beruft.

Diese beiden Gelehrten aber stellen fest, daß das Flugzeug (und Luftschiff) als Verkehrsmittel seiner Natur nach nur für eine winzig dünne Schicht des Verkehrs in Frage kommen kann. Es hat als einzigen Vorzug gegenüber Eisenbahn, Auto und Schiff die Geschwindigkeit, die sich aber auch erst bei großen Strecken (über 500 Kilometer) auswirkt, dagegen den ungeheuren Nachteil außerordentlich hoher Selbstkosten. Die Gründe dafür sind erstens das ungünstige Verhältnis zwischen Nutzlast und hohem Gewicht (beim Flugzeug nur 15 bis 20 vH, beim Luftschiff nur 12 bis 15 vH), vor allem aber der enorme Kraftbedarf.

„Denn es muß

- a) viel Kraft aufgewendet werden nur um zu steigen und sich schwebend zu erhalten, aber nicht zur Fortbewegung;
- b) ein zu hohes totes Gewicht fortbewegt werden.“

Der Kraftbedarf ist, auf den Tonnenkilometer berechnet, mindestens 40 mal so groß wie bei der Eisenbahn, mindestens 20 mal so groß wie beim Kraftwagen.“

„Aus den Selbstkosten ergibt sich:

- a) Der Luftverkehr kann nicht so hohe Beförderungspreise fordern, wie zur Deckung der Selbstkosten erforderlich sind. Denn wenn er dies tun wollte, würde er den Verkehr völlig abbrechen.
- b) Er muß daher seine Preise — unter Nichtbeachtung der eigenen Selbstkosten — nach den Tarifen anderer Verkehrsmittel stellen; er kann zum Beispiel im Personenverkehr kaum mehr verlangen als den Fahrpreis des Schlafwagens erster Klasse.
- c) Er bedarf großer Subventionen (vom Reich, Provinzen, Städten usw.) und außerdem das Wohlwollen anderer Verkehrsanstalten, namentlich der Post, Eisenbahn und Seeschiffahrt.“

Kein Wunder also, daß „in allen Ländern eine starke Unterbilanz im Luftverkehr vorliegt, die auf dem europäischen Kontinent eine Deckung der Ausgaben durch Verkehrseinnahmen mit rund 15 vH, in den Vereinigten Staaten von Amerika und England mit 37 bis 46 vH ausweist.“ Die relativ

hohe Verkehrseinnahme in Amerika, die trotzdem noch um 54 vH hinter den Selbstkosten zurückbleibt, während in Deutschland sogar 85,7 vH durch Subvention zu decken waren (im Jahre 1926, dessen Ergebnis aber „auch heute noch keine nennenswerte Verschiebung zur Besserung erfahren hat“), erklärt sich aus zwei Gründen. Erstens wurden dort wesentlich höhere Fahrpreise gefordert („zwei- bis fünfmal höher als in Europa trotz nahezu gleicher Selbstkosten“), zweitens wurden in den Vereinigten Staaten 1927 nur 5700 Passagiere befördert gegen 102 000 in Deutschland, so daß auch deshalb der pro Kopf der Passagiere zu leistende Zuschuß geringer war, und drittens war der Betrieb deshalb rentabler, weil er über weite Strecken ging, im Durchschnitt über Entfernungen von 900 bis 1000 Kilometer. Deutschlands Luftfahrt arbeitet besonders ungünstig deshalb, weil das Verkehrsnetz zu dicht ist, 50- bis 60mal so engmaschig wie in den Vereinigten Staaten! Die Nachfrage an Luftpassagieren und Luftfracht bleibt hier besonders stark hinter dem Angebot zurück, weil gar kein Bedarf für den künstlich geschaffenen Luftverkehr vorhanden ist. So sind denn auch nach dem vorläufigen Flug- und Beförderungsergebnis im Jahre 1928 111 000 Passagiere geflogen gegen 102 000 im Jahre 1927, also nur ein knappes Zehntel mehr. An Fracht wurden 1900 Tonnen befördert gegen 1463 Tonnen im Vorjahre, und die Zunahme an Post und Zeitungen — 1928 485 Tonnen gegen 479 Tonnen im Jahre 1927 — war vollends ganz minimal. Dabei sind die Briefe noch das einzige Beförderungsgut, dessen Transport die Aufkosten zu decken vermag.

Kein Wunder, daß die Professoren Blum und Pirath, die Sachverständigen der Luftansa, eine „möglichst große Weimäschigkeit“ des Luftverkehrsnetzes fordern. „Von 145 Strecken des Luftverkehrsnetzes der Deutschen Luftansa ergaben im ersten Halbjahr 1927 nur 23 = 16 vH einen Ertrag von mehr als 1 Mk. für den angebotenen Nuttkonnenkilometer“, dessen Selbstkosten 5,25 Mk. betragen. „Zweifellos haben die besonderen Verhältnisse in Deutschland zu einer gewissen Überzüchtung des Luftverkehrsnetzes geführt. Ein allmählicher Abbau der zu kurzen Strecken wird daher auf die Dauer nicht zu entbehren sein.“

Höhere Rentabilität versprechen sich die beiden Sachverständigen vom internationalen Verkehr über Kontinente und Ozeane. Daß Riesenländer wie die Vereinigten Staaten und Rußland, ferner Länder mit wenig entwickelten Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln oder auch Kolonialstaaten bessere Verwendungsmöglichkeit für die Luftfahrt haben, als Deutschland, ist einleuchtend — aber ob sich auch nur für sie der Luftverkehr je rentabel gestalten wird, ist sehr die Frage. Blum und Pirath heben ja selbst den winzigen Anteil des Gesamtverkehrs hervor, der für das Flugzeug (und Luftschiff) überhaupt in Frage kommen kann. Trotz des durch die enormen Subventionen künstlich auf ein Sechstel oder ein Fünftel der Selbstkosten herabgedrückten Personalfahrpreises kommen „nur Reisende 1. Klasse, besonders eilige und wertvolle Postfachen und bestimmte, sehr hochwertige und schnell verderbende Güter in Betracht, höchstens 1 vH vom Gesamtverkehr.“ Für den Ozeanverkehr günstigsten Falles sogar nur 0,07 vH, also sieben Zehntausendstel der Gütermenge. Denn: „Für ein Transozeanflugzeug belaufen sich nach theoretischer Ermittlung die Gesamtkosten für den Flug

Mitteleuropa—Nordamerika auf 160 000 Mk. bei einer Transportleistung von 4 Tonnen Nutzlast.“ Also pro Kilogramm auf 40 Mk. Für eine Person von 70 Kilogramm Gewicht also 2800 Mk. — bei 100prozentiger Ausnutzung der Ladefähigkeit. In Wirklichkeit wäre höchstens mit 50 vH Ausnutzung der Ladefähigkeit zu rechnen, die die Selbstkosten pro Kilogramm verdoppeln würde, beträgt doch die Platzausnutzung bei der Eisenbahn nur 30 vH, bei der Berliner Straßenbahn gar nur 14 vH. „Der Luftverkehr“, schreiben Blum und Pirath, „kann sich also nur auf eine sehr dünne Oberschicht der Transporte stützen... Die wirtschaftliche Basis des Luftverkehrs ist sehr schwach; das mag man bedauern, es ist aber eine Tatsache, mit der man klar und nüchtern rechnen muß.“

So sieht das großartige neue Verkehrsmittel aus, für das wir heute jährlich mehr als 70 Millionen Steuergroschen verpulvern und, auch nach Blum und Pirath, im nächsten Jahrzehnt eine weitere runde Milliarde verpulvern sollen. Klingt das nicht wie unbegreiflicher Wahnsinn? Nun, dies Rätsel findet eine leichte Lösung, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß Abg. Sachsenberg als erste Erklärung für die Schaffung, Subventionierung und staatliche Beeinflussung der Luftkassa die „Verquickung der zivilen Luftfahrt mit militärischen Fragen“ anführt. Nur deshalb, weil Deutschland sich unter allen Umständen eine starke Luftflotte schaffen will, deren Flugzeuge jederzeit in Bombenflugzeuge verwandelt werden können, scheut man nicht die enormen Ausgaben für ein „Verkehrsmittel“, das für den Verkehr nicht die geringste Rolle spielt und — in seiner heutigen Form — nie spielen wird.

Es ist eine oberfaule Ausrede, daß der jetzige Flugzeugtyp ja nur der Embryo sei, aus dem erst das vollkommene, leistungsfähige Flugzeug hervorgehen werde. Um es hervorzubringen, müsse man erst einmal ein paar Milliarden an Subventionen hineinstecken. Nie hat die Welt ähnliches gehört oder gar getrieben. Nach Blum und Pirath deckt heute — nach 20 Jahren Flugzeugbau und ungeheuerlichen Zuschüssen für seine Entwicklung — der Luftverkehr in den europäischen Staaten nur ein Sechstel bis ein Fünftel seiner Ausgaben durch Verkehrseinnahmen. Er erfordert also — von den indirekten Zuschüssen ganz abgesehen — 400 bis 500 vH an Zuschüssen! „Vergleichen wir mit diesen Zuschüssen diejenigen in der Entwicklungsperiode der Eisenbahnen und Kraftwagen, so lagen diese verhältnismäßig weit unter denjenigen für den Luftverkehr.“

Das Flugzeug, wie es heute existiert, wird, von ganz eng begrenzten Ausnahmen, namentlich als Briefbeförderungsmittel über weite Strecken, abgesehen, nie ein ernsthaftes und rentables Verkehrsmittel werden. Wenn aber je einmal ein Flugzeug ganz anderer Art erfunden werden sollte (wofür der heutige Subventionsunfug eher ein Hindernis, denn ein Anreiz wäre), das mit größerer Sicherheit und Zuverlässigkeit auch den wichtigsten Vorzug der fünf- bis zehnmals wohlfeileren Transportmöglichkeit böte, so bedürfte es erst recht für ein solches Flugzeug keiner Subventionen aus Steuermitteln, denn ein solches Flugzeug würde sich als brauchbares Verkehrsmittel im Handumdrehen aus eigener Kraft sein Verbreitungsgebiet und seinen Wirkungsbereich erobern. Jeder heutige Zuschuß aus militärischen Gründen aber sollte wenigstens bei Proletariern und Sozialisten schärfstem Einspruch begegnen.

Zur Wertung des Betriebsrätegesetzes

B. Weingart (Köln)

Eine rauhe Zeit war es, in der das Betriebsrätegesetz geboren wurde. Dieses Revolutionskind hat bis jetzt eine gar lieblose Jugend gehabt. Schon der Streit um die Vaterschaft verursachte manch Unangenehmes. So schreibt C. W. Guillebaud, der englische Geschichtsschreiber, über das Gesetz: „Es ist zweier Väter Idee, eine konstitutionelle, eine revolutionäre.“ Unter diesen Einflüssen hatte das Gesetz besonders in den ersten Jahren seines Lebenslaufs hart zu kämpfen. Die revolutionäre Idee entstand nicht erst in 1918. Schon in 1848 verlangte man in der Nationalversammlung von Frankfurt a. M. nach Einführung obligatorischer Arbeitsordnungen, die durch einen „Betriebsrat“ zu überwachen seien. Die Forderung blieb ein leerer Wunsch. Die damalige Revolution war von zu kurzer Dauer, es fehlte vor allem an einer Gewerkschaftsbewegung, die in der Lage gewesen wäre, der Idee Inhalt zu verleihen.

Das Jahr 1918 befeelte den entstandenen Rätegedanken mit neuen Ideen. Das russische System mit seinen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten machte die Kunde durch die Welt. Und doch irren diejenigen, die da glauben, die Räteidee sei in Rußland entstanden. In Bernsteins „Kommunistische und demokratisch-sozialistische Strömungen während der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts“ kann man verfolgen, daß es schon in der englischen Revolution, zur Zeit der Levellers-Bewegung von 1647 bis 1649 Soldatenräte gab, zu denen auch „wohlgesinnte“ Bürger hinzugezogen werden konnten. Die „Wohlgesinnten“ waren die Revolutionäre jener Periode. Die Idee der Arbeiter- und Soldatenräte ist also echt englisch. Trotzdem man auch in der englischen Sprache das Wort „Comité“ kennt, spricht man doch von „Councils“, was nur mit „Räte“ übersetzt werden kann. Allerdings spricht auch Bernstein in seiner Geschichte von Komitees der Soldaten und Offiziere und nicht von „Soldatenräten“. Diese Räte hatten nur eine kurze Lebensdauer. Sie wurden von Cromwell beseitigt.

Was aber für unsere Zwecke von Bedeutung ist, ist die Tatsache, daß diese „Räte“ als Organe zur „Kontrollierung“ und „Beratung“ des Parlaments dienen sollten. Erst in der französischen Revolution von 1789 erweiterte sich die Räteidee derart, daß die Räte neben dem nationalen Parlament „politische Funktionen lokaler Natur zu bearbeiten“ hatten. Hier schon merken wir einen Vorläufer der in der deutschen Revolution entstandenen Zwei-Kammer-Idee; also außer dem Parlament eine Berufsständekammer oder Kammer der Arbeit. Natürlich diente die französische Revolution der deutschen Revolution nicht als Vorbild, sondern die Theorie des in 1911 in England entstandenen Gildensozialismus, der seine Hauptkräfte aus der Shopstewards-(Betriebsräte-)bewegung des englischen Nordens sog. Als die russische Oktoberrevolution von 1917 ausbrach, die die Bolschewisten zur Regierungspartei machte, hatten schon die englischen Gildensozialisten ein Zweikammersystem ausgearbeitet. Außer dem Parlament sollte eine Gildenkammer (Kammer der Arbeit) bestehen. Das Parlament wird die politischen Geschicke und alle Fragen des nationalen Lebens leiten, die Gildenkammer sich mit den wirt-

schäftlichen Fragen, also der Produktion befassen. In Konfliktfällen werden gemeinsame Ausschüsse, zusammengesetzt aus beiden Kammern, endgültig entscheiden. Wohl ist es möglich, daß die Gilde sozialisten durch die russische Revolution befruchtet wurden. Waren doch in Rußland mangels eines Parlaments schon in der Revolution von 1905 Arbeiter- und Soldatenräte entstanden; doch blieb dort die Räteidee zunächst in der Revolution von 1917 fast unbekannt. Die Kerenski-Regierung übernahm vollständig die „Betriebsausschüsse“ des deutschen Hilfsdienstgesetzes. Auch die Bolschewisten konnten aus den von ihnen geschaffenen Betriebsräten, die zweifellos dem Vorbild der englischen gildensozialistischen Shopstewardsbewegung entlehnt waren, nichts Gesehites machen. Das russische Beispiel zeigt klar und deutlich, daß dort, wo eine starke und einflußgebietende Gewerkschaftsbewegung fehlt, ein Betriebsrätemesen ruderlos dahingondeln muß. Die unter dem Zarismus entstandene Gewerkschaftsbewegung war mit den auf dem Klassenbewußtsein basierenden deutschen Gewerkschaften nicht vergleichbar. Waren jene unter dem Schutze der russischen Polizei zur Verhinderung einer wirklichen Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden, so wurde die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Kampfe gegen Polizei und Staat groß und mächtig. Die russischen Gewerkschaften glichen den Handwerker gilden der Zunftzeit und es ist begreiflich, daß Lenin und Trotzki die Betriebsräte als ein Mittel zur Zerstörung der Handwerker gilden benutzten. Daß die russische Revolution nicht von sozialistischen, sondern von anarchosyndikalistischen Ideen beseelt war, ist kein Geheimnis. Hören wir, was ein so guter Kenner russischer Verhältnisse wie der Engländer Phillips Price, früherer Korrespondent des Manchester Guardian, hierzu sagt. In der „Republik“ vom 13. Februar 1919 schrieb Price zur erwähnten Behauptung:

„Es steckt ein Kern Wahrheit in dieser Behauptung, denn eine der ersten Verordnungen der Bolschewiki-Regierung — die Verordnung über die Kontrolle der Arbeiter über die Industrie — wurde von den Arbeitern in dem Sinne verstanden, daß sie die Fabriken eines Bezirkes übernehmen und weiterführen könnten, ohne Rücksicht auf die Arbeiter der anderen Gebiete. Diese Verordnung bezweckte natürlich, in wirksamer Weise der Sabotage und den Kriegsgewinnen der Unternehmer ein Ende zu machen; aber ihre Wirkung bestand darin, daß der Arbeiter die Wahrung seiner Interessen nicht bei einer zentralen Staatsbehörde suchte, sondern bei seiner eigenen speziellen Industrie oder Gruppe von Industrien. Die Folge davon war während einiger Monate ein Chaos. Sobald es möglich war, irgend einen Regierungsapparat zu schaffen, begannen die Führer der Bolschewiki diese anarchischen, antisozialen Tendenzen gewisser Teile der russischen städtischen Arbeiter zu bekämpfen.“

Die Bedeutung dieser Worte ist um so höher zu bewerten, als Price damals selbst Bolschewist war. Was besagen nun diese Sätze? Die russische Betriebsrätebewegung führte zum Betriebsegoismus, der die gegenseitige Verbundenheit und die Solidarität der Arbeiterklasse zu zerstören drohte, weshalb man zur Beschränkung der Macht der Betriebsräte schreiten mußte.

Auch in Deutschland versuchte man mit der Forderung: „Alle Macht den Räten“ die Rätebewegung im Gegensatz zu den Gewerkschaften aufzuziehen. Das war der Verderb. Man vergaß den Unterschied zwischen deutscher und russischer Wirtschaftsentwicklung. Sehr richtig schreibt der Engländer Guillebaud in seinem bereits erwähnten Buche:

„Als man in der Periode revolutionärer Aufwallung an die Ausarbeitung des Entwurfs ging, waren die Führer der Gewerkschaftsbewegung sehr bedacht darauf, zu verhindern, daß die Räte zu Rivalen der Gewerkschaften wurden, wodurch schließlich auch deren Stoßkraft als Träger des kollektiven Arbeitsvertrages gefährdet worden wäre. Bewies doch die Geschichte der russischen Revolution, daß man dieses Machtmittel den Händen der Gewerkschaften entreißen konnte, um es einer Körperschaft unerfahrener Leute zu überlassen, die den Aufgaben und Traditionen des gewerkschaftlichen Kampfes fremd oder sogar feindlich gegenüberstehen können. Es kam darauf an, eine ähnliche Entwicklung für Deutschland von vornherein im Keime zu ersticken. Wenn auch die Gewerkschaften schließlich Herren der Situation blieben, so machten die Räte ihnen anfänglich doch viel zu schaffen. Aber durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918, die Carl Legien als die Charta der deutschen Arbeiterklasse bezeichnete, noch mehr aber durch das System der Allgemeinverbindlichkeitserklärung waren die Gewerkschaften in Stand gesetzt, die kontrollierende Gewalt zu behalten.“

In diesen Kämpfen, die der Arbeiterbewegung große Wunden schlugen, liegt die Ursache, warum das Betriebsrätegesetz unter einem so unglücklichen Stern geboren wurde. Gewiß gibt es niemand, dem das Gesetz in seiner jetzigen Form Gefallen ablockt. Es ist und bleibt ein gar schwächliches Kind. Schon die Tatsache, daß der Betriebsrat an den eigenen Betrieb gebunden ist, über denselben nicht hinaus kann, nimmt ihm die Möglichkeit, „an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken,“ wie es im Artikel 165 der Reichsverfassung heißt.

Wahr ist, gar manche Blümenträume der Revolution sind nicht in Erfüllung gegangen, aber der Kampf um das Mitbestimmungsrecht in der Produktion ist nicht verloren, er wird mit erneuten Kräften weitergeführt, wie die Verhandlungen und Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses beweisen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß Deutschland das Land ist, wo ein gesetzlich verankertes Betriebsrätewesen besteht. Wenn auch in England vor Rußland die Idee von der „Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter“ entstand, so haben doch die englischen Arbeiter bis heute kein Betriebsrätegesetz. Es ist in dieser Beziehung nicht ohne Interesse, darauf hinzuweisen, daß die vom letzten Kongreß der Trade Unions angenommenen Vorschläge des bekannten Mondturnerausschusses auch die Forderung zur Schaffung von Betriebsräten — nach deutschem Muster enthält. Und wie Trotzki uns in seinem in Rußland verbotenen, in Deutschland gedruckten Buche attestiert, hat Rußland nichts dem deutschen ähnlichen wirtschaftlichen Räteystem aufzuweisen.

Auch dieser Dinge wollen wir bei Wertung unsres Betriebsrätegesetzes eingedenk sein. Weiter wollen wir uns geloben, die Kraft der Betriebsräte immer besser auszubauen. Gewiß ist die Erringung des Mitbestimmungsrechts eine Machtfrage. Vergessen darf aber nicht werden: es ist auch eine Bildungsfrage. Letzteres hat uns doch der englische Gewerkschaftsführer Milne Bailey in der „Arbeit“ vom Juni und Juli in seinem Artikel über „Die wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen in England“ ins Gedächtnis gerufen, als er über die Irrungen und Wirrungen der gildensozialistischen Betriebsrätebewegung sprach:

„Die Kontrolle des Produktionsprozesses mit allen seinen kaufmännischen, technischen und finanziellen Begleiterscheinungen ist, wie ich bereits gesagt habe, in der Hauptsache eine Funktion für Sachverständige der industriellen Verwaltung und nicht Sache des Stimmzettels für die große Masse.“

Das ist zweifellos recht drastisch ausgedrückt. Und doch, steckt nicht ein Kern Wahrheit in dieser Behauptung? So gilt auch hier der alte in jahrzehntelangen gewerkschaftlichem Kampfe gesammelte Erfahrungssatz: Aufklärung, Bildung, Kampf.

Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt

H. Jülich (Oberhausen)

Nun ist die Loslösung der Arbeitsämter von den Gemeinden vollzogen. Das organisatorische Gebäude der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist fertig. Das heißt fertig ist nur der äußere Aufbau. Die nicht weniger bedeutungsvolle Aufgabe des inneren Ausbaues muß jetzt erst in Angriff genommen werden. Mannigfaltige Probleme warten auf ihre Lösung. Eines davon, das Problem des Ausgleiches auf dem Arbeitsmarkt, möchte ich hier behandeln.

Wenn sich ein Arbeitsuchender beim Arbeitsamt seines Bezirkes meldet, dann erwartet er, daß ihm das Arbeitsamt eine geeignete Stelle nachweist, und zwar so bald wie möglich. Ihm ist es natürlich nicht gleichgültig, wo die Stelle liegt, ob in der Nähe seiner Wohnung oder weiter entfernt. Sind freilich in der Nähe der Wohnung keine Arbeitsplätze frei, so wird der Arbeitsuchende auch eine Wegstrecke in Kauf nehmen, wenn er nur Arbeit erhält. Wünschenswert wird aber jeder wohl den Zustand nennen, in dem er von seiner Wohnung zum Arbeitsplatz eine nicht zu weite Entfernung überwinden muß.

Eine gute Arbeitsmarktorganisation nimmt auf diesen Wunsch Rücksicht, und zwar nicht nur deshalb, weil jeder erfüllbare Wunsch des Arbeitsuchenden berücksichtigt zu werden verdient, sondern in ebenso großem Maße deshalb, weil weite Anmarschwege auch unwirtschaftlich sind. Ein Arbeiter, der einen weiten Anmarsch zurücklegen muß, hat Kosten an Zeit und Geld aufzuwenden. Bei ihm können leicht Hindernisse auftreten, die ihm ein pünktliches Erscheinen unmöglich machen. Auch wird er oft schon nicht mehr so frisch und ausgeruht bei der Arbeit erscheinen, und zwar deshalb nicht, weil die Dauer seines Schlafes oft kürzer ist und weil schließlich ein weiter Weg auch ermüdet. Es sind also mannigfaltige Gründe, die eine Berücksichtigung des Anmarschweges bei der Vermittlung erfordern.

Leider wird diesem Problem heute in den Arbeitsämtern noch nicht die erforderliche Beachtung geschenkt. Wohl gibt es Arbeitsvermittler, die den Anmarschweg ganz selbstverständlich berücksichtigen, aber es gibt auch noch Vermittler, die sich um die Anmarschwege nicht kümmern. Vielfach können sie sich aber auch gar nicht darum kümmern, weil die organisatorischen Voraussetzungen dafür fehlen. Wenn man tausend Arbeitsuchende hat und wenig Stellen, die vielleicht noch sehr schnell besetzt werden müssen, dann wird mancher Vermittler schon deshalb nicht in der Lage sein, weil seine technischen Hilfsmittel ihm nicht gestatten, auf einen Blick die Wohngegend der Arbeitsuchenden festzustellen und es ihm natürlich an der Zeit fehlt, nun erst die tausend Gesuche daraufhin durchzusehen. Das technische Rüstzeug der Vermittlung reicht nicht aus.

An die Verbesserung des technischen Rüstzeuges geht man jetzt in der Reichsanstalt heran. Es werden demnächst einheitliche Karteien eingeführt, die bei sorgfältiger Führung tatsächlich den Überblick verschaffen, den der Vermittler zur Berücksichtigung des Anmarschweges benötigt. Wenn diese Karteien vorhanden sind, dann ist eine organisatorische Voraussetzung geschaffen. Diese Voraussetzung allein genügt aber nicht. Es sind noch andere Maßnahmen notwendig, damit der Ausgleich funktioniert.

Wir wollen einmal annehmen, daß sich ein Arbeitsuchender, der in einem großen Arbeitsamtsbezirk wohnt, in einer Nebenstelle meldet. Er wird dort eingetragen und geht regelmäßig zur Nebenstelle, um dort nach Arbeit zu fragen. Im Bezirk dieser Nebenstelle wird aber keine Arbeit gemeldet. Da hört er durch Zufall, daß im Bezirk einer anderen Nebenstelle des gleichen Arbeitsamtes Stellen, die ihm passen würden, besetzt worden sind, und zwar von Leuten, die gar nicht in jenem Bezirk wohnten. Er wird natürlich mit Recht ärgerlich sein und dem Vermittler in seiner Meldestelle Vorwürfe machen, daß nicht er, sondern der Fremde die Stelle erhalten hat.

Warum hat unser Arbeitsuchende die Stelle nicht erhalten? Weil weder er noch die Nebenstelle von der Stelle etwas gewußt haben. In dem Arbeitsamt funktioniert der Ausgleich nicht.

Im Arbeitsamt muß also nicht nur darauf geachtet werden, daß der Anmarschweg eines Arbeiters so gering wie möglich bleibt, es muß auch dafür gesorgt sein, daß der Arbeitslose, der in der Nähe seiner Wohnung keine Arbeit bekommen kann, eine entfernter liegende Stelle erhält. Das Arbeitsamt muß für beide Fälle gerüstet sein.

Die Berücksichtigung des Anmarschweges innerhalb des Meldebezirks kann man durch eine gute Kartei gewährleisten, die Berücksichtigung des Arbeitsuchenden bei Besetzung entfernter liegender Stellen verlangt aber zur guten Kartei noch ein zweites, nämlich einen ausgebauten Nachrichtendienst zwischen den Stellen des gesamten Bezirkes.

Es gibt zwei Wege, um sicherzustellen, daß alle Arbeitsuchenden für jede Stelle des Bezirkes zur Verfügung stehen. Man kann dafür sorgen, daß jeden Tag alle nicht besetzten Arbeitsplätze an alle Nebenstellen gemeldet werden, damit jede Nebenstelle sehen kann, ob sie für den Arbeitsplatz geeignete Arbeitsuchende vorgemerkt hat. Man kann aber auch alle Arbeitsgesuche an eine Zentrale leiten, wo dann auch alle Stellen hinübergewiesen werden müssen. An dieser Stelle wird dann der ganze Bezirk, also alle Arbeitsuchenden und alle Stellen übersehen.

Der beste Weg ist zweifellos der letztere. Wenn es möglich wäre, überall diesen Weg zu beschreiten, dann wäre den Arbeitsuchenden am besten gedient. Aber das setzt eine ganz ausgezeichnete Verbindung zwischen der Zentrale und den Nebenstellen voraus. Ohne diese Verbindung dauert es zu lange, bis die Arbeitsuchenden von dem Vorhandensein einer freien Stelle benachrichtigt werden. Wo diese Verbindung telefonisch hergestellt werden kann, zum Beispiel in großen Städten oder in räumlich nicht zu ausgedehnten Bezirken, wo man schließlich zwischen den Nebenstellen und der Zentrale direkte Telefonverbindungen schaffen kann, da sollte man immer diesen Weg beschreiten. Die Arbeitsuchenden haben deshalb nicht nötig, sich persönlich in der Zentrale zu melden. Die Entgegennahme des Arbeitsgesuches kann in der Nebenstelle erfolgen. Dort wird die Karteikarte ausgefüllt und dort erfährt der Arbeitsuchende auch, wann und wo eine Stelle frei ist.

Wo der Bezirk aber zu ausgedehnt ist oder aber eine gute Verbindung nicht hergestellt werden kann, da bleibt nichts übrig, als den anderen Weg zu beschreiten. Dort müssen täglich alle Stellen, die nicht besetzt werden können, an die Nebenstellen geleitet werden. Aber auch die Arbeitsgesuche, die nicht erledigt werden können, das heißt die Arbeitsuchenden, die nicht unterzubringen sind, müssen den anderen Nebenstellen zur Kenntnis kommen, denn die Arbeitsämter sollen ja nicht immer warten, bis ein Arbeitgeber Stellen meldet, sondern sie sollen, wenn gute Arbeitskräfte frei sind, den Arbeitgebern davon Mitteilung machen.

Die Bedeutung eines so funktionierenden Verbindungsnetzes liegt auf der Hand. Je besser die Verbindung zwischen den Stellen, je weiter also das Arbeitsgesuch eines Arbeitslosen dringt und je weiter jede freie Stelle in einem Bezirk bekannt wird, um so größer sind die Aussichten für den Arbeitsuchenden, eine Stelle zu finden. Der Arbeitsmarkt eines Arbeitslosen, dessen Arbeitsgesuch in einer kleinen Nebenstelle liegen bleibt, ist eng, der Arbeitsmarkt eines Arbeitslosen, dessen Arbeitsgesuch in einem großen Bezirk bekannt wird, wird groß und weit. Die Weite des Arbeitsmarktes und damit die Größe der Aussicht, Arbeit zu finden, hängt vom Funktionieren der Ausgleichsorganisation ab. Das ist der Grund,

weshalb die Organisation des Ausgleiches kein Problem ist, mit dem sich nur die Bürokraten zu beschäftigen haben, sondern weil dieses Problem jeden Gewerkschaftler interessieren muß.

Wie die Organisation beschaffen sein muß, das hängt nun von der Art des Ausgleiches ab, den man herbeiführen will. Die Aufgabe, den Ausgleich innerhalb eines Arbeitsmarktbezirkles zu lösen, ist noch verhältnismäßig einfach. Schwieriger wird die Sache schon, wenn man den Ausgleich zwischen den einzelnen Bezirken organisieren will. In der Vergangenheit hat dieser Ausgleich, abgesehen von einzelnen Spezialberufen, so gut wie gar nicht funktioniert. Wenn ich zum Beispiel das Ruhrgebiet betrachte, wo Stadt an Stadt stößt, dann muß ich das Verjagen des Ausgleiches leider in großem Maße feststellen. Wenn natürlich die Möglichkeit des Ausgleiches zwischen den einzelnen Bezirken nicht in allen Berufen gleich groß ist, ja in vielen Berufen jeder Ausgleich unmöglich wird, weil in allen Bezirken genügend Arbeitslose vorhanden waren, so hat es doch auch in der Vergangenheit Berufe gegeben, wo durch eine richtige Marktorganisation die Arbeitslosigkeit manches Spezialarbeiters, besonders auch in der Metallindustrie, abgekürzt hätte werden können.

Am schwierigsten ist der Ausgleich vielleicht dort, wo es sich um die Arbeiterbeschaffung für ein an der Grenze des Bezirkes gelegenes Werk handelt. Wenn man dort die Stellen nur aus dem Bezirk besetzen will, so kommt es vor, daß man Arbeitslosen unendlich weite Anmarschwege zumutet, während in der Nähe des Werkes, aber im Nachbarbezirk, geeignete Arbeitslose wohnen. Gibt man einfach die freien Stellen an den Nachbarbezirk, so entsteht ein unliebsamer Wettlauf um die Stelle, dessen Kosten die Arbeitslosen zu tragen haben. Hier könnte man einen Ausweg nur dadurch schaffen, daß dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk das an der Grenze gelegene Werk liegt, auch diejenigen Arbeitsgesuche zugeleitet werden, die von den in der Nähe des Werkes, aber im fremden Bezirk wohnenden Arbeitern stammen.

In der Vergangenheit wäre ein solches Verfahren nicht möglich gewesen, weil jeder Arbeitsnachweis nur im Interesse der Gemeinde, zu der er gehörte, gearbeitet hat, um die Gemeinde, der ja durch die Arbeitslosen Kosten entstehen, zu entlasten, und zwar auf Kosten der wirtschaftlichen Vernunft. Jetzt, wo die Arbeitsämter von den Gemeinden getrennt sind, müßte ein solches Verfahren möglich sein.

Eine solche Massenausgleichsmeldung hat natürlich nur im Ausnahmefalle das an der Grenze zweier Bezirke gelegene Werk zweek. Im übrigen ist es natürlich nur möglich, die Stellen weiterzuleiten, die im eigenen Bezirk nicht besetzt werden können, und zwar zunächst nur an die Nachbarorte. Der nachbarliche Ausgleich muß viel stärker als in der Vergangenheit gefördert werden. Dieser Ausgleich kann sich ohne das Dazwischentreten einer besonderen Ausgleichsstelle abspielen. Es müßte viel mehr als in der Vergangenheit selbstverständlich sein, daß man Fachstellen durch geeignete und geschulte Kräfte aus den Nachbarorten besetzt, ehe man neue Kräfte schult, die bisher dem Beruf fremd waren. Das lokale Moment muß hinter dem wirtschaftlichen Moment zurücktreten.

Den übrigen Ausgleich wird man natürlich nicht ohne besondere Ausgleichsstellen organisieren können. Wenn man zu solchen Ausgleichsstellen kommt, so ist es wünschenswert, daß man dafür Sorge trägt, daß keine Bevorzugungen bestimmter Bezirke oder Orte erfolgen. Dazu kommt es nämlich leicht, wenn die Ausgleichsstellen bei Arbeitsämtern geschaffen werden, dann wird die Stadt bevorzugt, in der das Amt liegt. Auch ist dafür zu sorgen, daß nicht die Ausgleichsstellen unter sich einen Ausgleich vornehmen, ehe nicht der Ausgleich im Bezirk der eigenen Ausgleichsstelle versucht worden ist. Solche Erfahrungen haben wir nämlich zum Beispiel in der Gastwirtsvermittlung des Ruhrgebietes gemacht. Dort ist es wiederholt vorgekommen, daß die Ausgleichsstellen, wenn sie Arbeitsplätze freihaben, gar nicht erst einmal bei den Arbeitsämtern des eigenen Bezirkes Umschau halten, sondern gleich an andere Ausgleichsstellen, die weiter entfernt liegen und deren Arbeituchende weiter ab wohnen, herantreten. Da kann es dann vorkommen, daß Stellen von Fremden besetzt werden, während in der Nachbarstadt Kräfte arbeitslos bleiben. Bei einer solchen Organisation hat der Ausgleich Lücher. — Man sieht, daß die Herbeiführung eines guten Ausgleiches nicht so einfach ist. Viele Schwierigkeiten werden noch zu überwinden sein.

Weltbild in Zahlen

F. Petrich (Gera)

Man sagt oft, Zahlen regieren die Welt,

Das aber ist gewiß, Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird.

Goethe

I.

Der menschliche Geist hat im Verlaufe jahrtausendelanger Entwicklung ein gewaltiges Tatsachen- und Erkenntnismaterial zutage gefördert, das die Grundlage allen geschichtlichen Fortschritts bildet. Die Statistik als angewandte Wissenschaft, ihre planmäßige Nupfbarmachung auf allen Gebieten des Lebens spielt für die große Tatsachen- und Erkenntnisammlung eine außerordentlich wichtige Rolle. Zwar soll man die Bedeutung der Statistik nicht überschätzen, und das Schlagwort, daß Zahlen allein beweisen, ist oft irreführend. Das „Gesetz der großen Zahlen“, wonach alle Statistik auch heute noch, trotz aller Vervollkommnung, in hohem Maße Wahrscheinlichkeitsrechnung ist, muß stets berücksichtigt werden. Von gedankenlosem Zahlenfetischismus soll man sich fernhalten und dennoch die Statistik in dem Umfange in der täglichen Arbeit für den Sozialismus heranziehen, wie es einfach unerläßlich ist. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die reichen Ergebnisse der statistischen Forschung allgemeinverständlich und volkstümlich gemacht werden. Diese ebenso schwierige wie dankenswerte Aufgabe hat sich der bekannte Statistiker Woytinsky mit seinem auf sieben Bände berechneten Werk „Die Welt in Zahlen“* gestellt, von dem zur Stunde sechs Bände vorliegen. Woytinsky, ein Fachgelehrter von Weltruf, betont gerade die Allgemeinverständlichkeit und Volkstümlichkeit; er sagt: „Möglich und notwendig ist es, jedermann in den Kreis der statistischen Daten einzuführen, einem jeden das Verständnis für die Sprache der Zahlen beizubringen, das heißt ein bewußtes und kritisches Verhalten ihnen gegenüber, das nicht zuletzt darin besteht, die — vielfach im politischen Kampf zugefügten — Ziffern des heutigen Tages zu den in der Vergangenheit verankerten Ziffern in die richtige Beziehung zu setzen.“ Mit anderen Worten: Woytinsky erstrebt und erreicht die Vergleichsmöglichkeiten für die statistischen Zahlen, wodurch sie überhaupt erst Lebendigkeit und reale Bedeutung erhalten. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß Woytinsky diese Absicht gelungen ist.

Schon die breite Anlage läßt erkennen, daß sich Woytinsky ein umfassendes Ziel gesteckt hat. Wir erfahren zunächst alles Wissenswerte von der Erde, ihrer Bewegung, von Verteilung von Land und Wasser, die politische Aufteilung der Erdoberfläche nach Kontinenten und Ländern bis auf die jüngste Gegenwart, die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Veränderungen eingeschlossen. Das bevölkerungspolitische Ergebnis ist, wenn die Zahlen von 1910 und 1919 miteinander verglichen werden, folgendes: 1. eine scharfe — mehr als doppelte — Verminderung der Zahl der Kinder im Alter bis zu fünf Jahren, eine Folge des Geburtenrückganges in der Kriegszeit; 2. eine weniger scharfe, doch sehr empfindliche Verminderung der Zahl der Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren, eine Folge der gestiegenen Kindersterblichkeit; 3. ein kolossaler Verlust an Männern im Alter von 21 bis 39 Jahren, ein unmittelbares Ergebnis des fünfjährigen Massenmordens! Da soll noch einer behaupten, der Krieg sei für die beteiligten Völker kein Stahlbad gewesen!

* „Die Welt in Zahlen“. Von Wl. Woytinsky. In sieben Büchern. Erstes Buch: Die Erde, die Bevölkerung, der Volksreichtum. Zweites Buch: Die Arbeit. Drittes Buch: Die Landwirtschaft. Viertes Buch: Das Gewerbe. Fünftes Buch: Handel und Verkehr. Sechstes Buch: Der Staat und die Finanzen. Siebentes Buch: Daten der politischen und Moralstatistik. Rudolf Mosse-Buchverlag Berlin. Der Preis jedes Bandes beträgt 22 Mk. Die Ausstattung ist mustergültig. Jeder Band ist reichlich mit Diagrammen in Buntdruck versehen.

Die Bevölkerungsbewegung, die uns gegenwärtig besonders stark beschäftigt, ist in der vergleichenden Statistik überhaupt ein höchst interessanter Vorgang, und Woytinsky bietet uns dazu ein überaus lehrreiches und seltenes Material. Das Gesetz der Verringerung des Bevölkerungswachstums bei steigendem Wohlstand läßt sich zwar nicht für ganze Länder lückenlos nachweisen, wohl aber für die verschiedenen sozialen Gruppen: In sehr armen Bezirken von Berlin, London, Paris, Wien ist die Geburtenzahl relativ um reichlich das Dreifache höher als in den sehr reichen Bezirken derselben Städte. Das sind typische Beispiele. Das statistische Material, das Woytinsky für seinen Nachweis zur Verfügung steht, ist zwar schon einige Jahrzehnte alt, aber die Beweiskraft dieser Zahlen dürfte heute eher stärker sein als zur Zeit ihrer Entstehung, da sich die Klassengegensätze verschärft haben. Das Alter dieser Zahlen ist schließlich ein äußerlicher Anreiz, neue Erhebungen auf diesem Gebiete anzuknüpfen; das Ergebnis wird überraschend sein.

Ihrem heutigen Stande nach ist die Statistik die Lehre der Massenerscheinungen im staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben, das Festhalten des Gesetzmäßigen und Wesentlichen im Aufbau und in der Entwicklung der Gesellschaft. Sie erfährt den Staat genau so wie die Wirtschaft, die Familie und den Einzelnen. Aus solchen Darstellungen werden Ursachen und Wirkungen klar, wird das Interesse besonders für die großen grundlegenden Erscheinungen geweckt. So behandelt Woytinsky auf Grund eines sehr reichen Materials die äußerst wichtige und umstrittene Frage des Volksreichtums. Hier ist man, wie Vergleiche und Erfahrungen lehren, besonders auf Schätzungen angewiesen, das „Gesetz der großen Zahl“ spielt also eine Rolle. Einzelheiten anzuführen, würde zu weit führen. Vor dem Kriege wurde nach den zuverlässigsten Berechnungen der materielle Reichtum der Welt auf 1000 Milliarden Dollar oder 200 Milliarden Pfund Sterling oder 4000 Milliarden Goldmark geschätzt. Der Krieg verschlang an direkten Ausgaben 260 Milliarden Dollar und an indirekten Verlusten 90 Milliarden Dollar, insgesamt 350 Milliarden Dollar oder rund 35 vH des Reichtums der Menschheit. Noch eine Rechnung, die uns zeigt, eine wie segensreiche und göttliche Einrichtung der Krieg ist!

Ein anderes Kapitel: Vom Reichtum der Nationen und seiner Zerstörung durch wahnbesessene Machtpolitiker zu der Reichtumsverteilung zwischen den Klassen. Bei der Betrachtung dieser Zahlenreihen werden die abgrundtiefen, unüberbrückbaren Klassengegenstände innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erkennbar. Welches Land wir auch untersuchen, ob die Vereinigten Staaten, England, Frankreich oder Deutschland, immer das gleiche Bild: An der Spitze eine kleine Zahl vielfacher Millionäre und Milliardenäre, denen die sehr reichen, die reichen und die wohlhabenden Existenzen folgen, alle zusammen eine Minderheit, in deren Händen sich jedoch die Mehrheit des nationalen Reichtums befindet. Ihnen folgen die Millionen, die um ihre Existenz arbeiten und kämpfen, die Armen, die von Generation zu Generation arm sind und arm bleiben, die proletarische Klasse, die zwar allen Reichtum schafft — aber für andere. Gwiß, im Verlauf der Jahrzehnte steigen auch die Einkommen der proletarischen Klasse, aber schneller noch wächst der Reichtum der Bourgeoisie. Den zunehmenden Sparkasseneinlagen stehen die gigantischen Kapitalanhäufungen des Industrie-, Bank- und Handelskapitals gegenüber. Die Spitze wird ihrer zahlenmäßigen Zusammensetzung nach immer dünner, ihrem Kapitalbesitz nach jedoch immer mächtiger; der breite proletarische Unterbau wächst der Zahl nach, aber der Gesamtanteil an dem gesellschaftlichen Reichtum nimmt ab. Das ist das sozialökonomische Entwicklungsgesetz der modernen kapitalistischen Gesellschaft.

II.

Diese Betrachtung leitet über zu dem zweiten Band des Woytinsky'schen Werkes, der vollständig von der Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse in Anspruch genommen

wird, von ihrer Größe und Zusammenfassung, der Frauen- und Kinderarbeit, den gewerkschaftlichen Organisationen, den Tarifverträgen, der Arbeitszeit, dem Arbeitslohn, Streiks, Aussperrungen und der Sozialpolitik. Es dürfte in der Geschichte der Statistik das erste Mal sein, daß die Arbeit mit all ihren Begleiterscheinungen eine derart weit ausholende gründliche und systematische Darstellung findet.

Diese Arbeit ist schwierig genug. Gerade im Bereich der Arbeitsstatistik sind Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden, wie kaum auf einem anderen Gebiet der Statistik. Woytinsky gibt sich über diese Mängel eingehend Rechenschaft: internationale Arbeitsstatistik, auf die es hier ankommt, ist noch Zukunftsmusik. Ansätze dazu sind neuerdings vorhanden, aber noch keine Resultate. Berücksichtigt man alles das, so muß insbesondere dem zweiten Bande besondere Bewunderung gezollt werden. Für äußerst wertvoll halten wir die zahlenmäßige Gegenüberstellung der Stärke der proletarischen Klasse in den Industrieländern und ihrer gewerkschaftlichen Verbände. In den Industrieländern stellt das Proletariat durchweg die sichere Mehrheit der Gesellschaft dar; an der Spitze der europäischen Staaten steht Belgien mit 73 vH proletarischer Bevölkerung. Deutschland rangiert an siebter Stelle mit 61 vH und am Ende steht Bulgarien mit 23 vH; die deutsche Ziffer dürfte für die Industriestaaten ungefähr den Durchschnitt bilden. Der europäische Durchschnitt, verschoben durch die Agrarländer, ist dagegen ein anderer. Von 209,9 Millionen Erwerbstätiger sind 90,5 bis 92,7 Millionen Industrieproletarier. Rußland in erster Linie bringt die starke Verschiebung: unter 43 Millionen Erwerbstätiger sind nur 5 bis 6 Millionen Industrieproletarier, die große Masse der anderen ist bäuerliche Bevölkerung. Ähnlich liegen die Dinge in Polen und den östlichen Randstaaten, in den Balkanländern, in Spanien und in etwas geringerem Maße auch in Italien. Immerhin: mehr als 90 Millionen ausgesprochene Industrieproletarier in Europa! Und das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis? Nach den Berechnungen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale waren am 1. Januar 1924 36,4 Millionen erwerbstätiger Männer und Frauen organisiert, diese Zahl ist im Augenblick noch um einige Millionen zurückgegangen, rund 32 Millionen Gewerkschaftsmitglieder dürften gegenwärtig in Frage kommen. Etwa ein Drittel des industriellen Proletariats ist den Gewerkschaften angeschlossen. Das befriedigt durchaus nicht. Viel schlechter aber sind die anderen Berufe organisiert: im Handel und Verkehr sind es nur 29,6 vH, in der Landwirtschaft nur 1,7 vH und in den freien Berufen und öffentlichen Diensten (Beamte) gar nur 1,2 vH. Diese Zahlen geben uns ein Bild der Stärke und der Macht der Arbeiterklasse, sie zeigen, wie wenig erst erreicht ist und wie ungeheuer viel für die Befreiung des Proletariats zu leisten ist.

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn wir an Hand der nationalen und internationalen Übersichten die anderen Kategorien der Arbeiterklasse überprüfen. Vieles ist erreicht, noch mehr aber gilt es zu erkämpfen. Die Reallohne sind, worüber zahlreiche Tabellen unterrichten, im Verlauf der Jahrzehnte gestiegen, aber bei weitem nicht in dem Maße, wie es die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung gebietet. Auch die Arbeitszeit ist verkürzt worden, erheblich sogar, sie könnte indessen noch viel kürzer sein, wenn die Möglichkeiten der technischen Produktivkräfte mit der menschlichen Arbeitskraft in das richtige Verhältnis gebracht würden. Diese Frage drängt sich besonders auf, wenn wir dem Lohn- und Arbeitszeitproblem die rapide Steigerung der Erwerbslosigkeit gegenüberstellen. Der ganze Aberwitz der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung tritt mit schneidender Schärfe in die Erscheinung. Einige Stichproben: im ersten Viertel 1922 15 Millionen Erwerbslose in der Welt, im ersten Viertel 1924 12 Millionen, und auch heute, trotz teilweiser Konjunktur, zählen die Erwerbslosen der Welt immer noch nach vielen Millionen. Diese Tatsachen lassen den permanenten Krankheits- und Krisenzustand der kapitalistischen Ordnung klar erkennen und sie machen, wie gesagt, besonders eindringlich auf eine vollständige Neugestaltung der Lohn- und Arbeitszeitfrage aufmerksam.

III.

Die Darstellung der Landwirtschaft im dritten Bande beginnt Woytinsky mit einigen typischen Tatsachen: zunächst das Größenverhältnis der Landwirtschaft zur Industrie. Mit einem Anteil von 31,1 vH der Landwirtschaft am Volkvermögen ist Deutschland ausgesprochenes Industrieland; England ist es mit nur 18 vH in noch viel höherem Maße. Es folgt die wichtige Frage der Verteilung des Bodens nach der landwirtschaftlichen Benutzungsart. Auffallend ist, daß Europa mit 27 vH landwirtschaftlich genutzter Fläche an der Spitze der Erdteile steht, Asien folgt mit 18 vH, Amerika und Australien erst mit 12 vH. Das landwirtschaftlich an sich schon sehr reiche Amerika verfügt noch über außerordentlich hohe Reserven in Gestalt von 40 vH Wiesen und 30 vH Wald.

Das Hauptinteresse verdient aber zweifellos der großangelegte Abschnitt über die landwirtschaftlichen Betriebe und die Grundbesitzverhältnisse — jener Frage, die in der sozialistischen Theorie und Praxis seit je starke Bedeutung beanspruchte. Und da muß von vornherein gesagt werden, daß bei aller Reichhaltigkeit der Agrarstatistik die Zuverlässigkeit gerade in dieser Kernfrage höchst mangelhaft ist, ein Grund, der immer wieder zu Mißverständnissen und Differenzen geführt hat. Hoffentlich gelingt es dem Agrarausschuß der Enquetekommission, wenigstens für Deutschland die Grundlagen zu einer brauchbaren Agrarstatistik zu schaffen. Zimmerlin bietet die Agrarstatistik, so wie sie gegenwärtig ist, außerordentlich viel des Interessanten. Nach den vergleichenden internationalen Übersichten, die vorliegen, scheint uns sicher zu sein, daß die Entwicklungstendenz in der Landwirtschaft nicht zum Großbetriebe führt. Die entsprechenden Zahlen für Deutschland sind nach der Betriebszählung für 1907 bekannt; die Ergebnisse nach der Betriebszählung für 1925 liegen erst in einigen belanglosen Teilergebnissen vor. Aber äußerst charakteristisch ist der Entwicklungsverlauf in Rußland, der Siegeszug des bäuerlichen Betriebes ist hier geradezu sinnfällig. Bei der Bauernbefreiung gehörten etwa zwei Drittel des Landes dem Staat und der Dynastie, ein Drittel dem Adel, der von diesem Drittel etwa 40 vH an Bauern verpachtet hatte. Nun zeigt uns die Statistik, wie von Jahrzehnt zu Jahrzehnt der Bauer vordringt, dem Adel und dem Staat immer mehr Boden abgewonnen wird. Die Oktoberrevolution 1917 vollendete diesen geschichtlichen Prozeß der Landeroberung durch den russischen Bauern. Reichlich 99 vH aller Betriebe sind bäuerliche Betriebe von 1 bis 13 Dekjatinen (1 Dekjatine = 109,25 Ar). So zählt die Sowjetunion heute 22 Millionen landwirtschaftliche Betriebe, fast die Hälfte der 55 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe in Europa. Asien zählt ihrer mehr als 80 Millionen, die gesamte Welt weit über 150 Millionen. Der Anteil der Klein- und Mittelbetriebe an der Gesamtzahl der Betriebe und Fläche des Bodens ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden und es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen; nur soviel sei gesagt: die bäuerliche Klasse ist in der ganzen Welt ihrer Zahl und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach ein geschichtlicher Faktor, der für die nächste und weitere Zukunft des Sozialismus noch nicht in genügendem Maße erkannt ist. Die ökonomische Entwicklung dürfte keineswegs zur Aufhebung oder Proletarisierung der Bauernschaft führen. Sonach ist die entscheidende Frage, wie die Bauernklasse trotzdem für den Sozialismus gewonnen werden kann ..

In diesem Zusammenhange verdient besondere Beachtung die Wirkung der europäischen Revolutionen auf die Agrarverhältnisse. Die stärksten Umwälzungen haben sich im Osten vollzogen. Rußland wurde schon genannt; 24 Millionen Hektar = 17,6 vH der gesamten Landesfläche wurden zugunsten der Bauern entschädigungslos enteignet. In den Randstaaten Finnland, Estland, Lettland, Litauen sind ähnliche Vorgänge zu verzeichnen, desgleichen in Polen. Auch auf dem Balkan, in Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, Ungarn der Vormarsch des bäuerlichen Elementes; die Tschechoslowakei ging ebenfalls gegen den Grundbesitz vor. Am wenigsten sind Deutsche

land und Österreich von der Agrarrevolution erfasst worden. In diesen beiden Ländern sind lediglich gesetzliche Möglichkeiten vorgesehen, von denen aber infolge der starken politischen Macht des Großgrundbesitzes, der außerdem noch gestützt wird durch die Großindustrie, kein Gebrauch gemacht werden wird. Für die Arbeiterklasse kann diese Entwicklung nicht gleichgültig sein. Für sie kommt es darauf an, ihre Bewegung und ihre Aktionen so einzurichten, mit dem Bauern zur Gemeinwirtschaft zu gelangen.

Diese dürftigen Angaben erschöpfen jedoch nur einen kleinen Teil des reichen Inhaltes des dritten Bandes. Was Woytinsky hinsichtlich der agrarischen Produktionsstatistik bietet, die so gut wie alles umfaßt, die absoluten und die relativen Zahlen bringt, verdient höchstes Lob. Zusammenfassende Schaubilder von wundervoller Übersichtlichkeit und Klarheit veranschaulichen die Zahlenreihen. Die Produktionsstatistik sowohl für Getreide als für Vieh läßt wiederum die Kriegswirkungen auf die Landwirtschaft deutlich erkennen. Rückgang der absoluten Produktion, Rückgang der Sektererträge, Rückgang der Viehhaltung. Das Schlusskapitel behandelt die Bedeutung der Landwirtschaft für den Welthandel; der besondere Wert dieses Teiles wird erhöht durch eine weit ausholende und bis in die jüngste Gegenwart führende Statistik der landwirtschaftlichen Preise. Damit ist der Übergang zu dem vierten Bande, der die Industrie behandelt, gegeben.

Bücherbesprechung

„**Glühende Welt.**“ Gedichte von Julius Zerfaß, zusammengestellt und mit einer Einleitung versehen von Kurt Offenburg. Berlin 1928. Preis kart. 50 Pf., in Halb-leinen geb. 90 Pf., Halbleder 2,50 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Der Dichter Julius Zerfaß ist ein echter Arbeiterdichter, ein Dichter der Jugend und des Kampfes. Glauben und Kraft tönen aus seinen Gedichten; sie sind einfach und ergreifend, weil sie aus eigenem Erleben kommen.

Diese Gedichtsammlung bringt uns wiederum einem der deutschen Arbeiterdichter nahe. Ein Büchlein von guter Ausstattung und billigem Preis in der „Reihe der deutschen Arbeiterdichter“. Es ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

„**Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Anwendung.**“ Eine allgemeinverständliche Darstellung von W. Reimes. Berlin 1929. 68 Seiten. Preis kart. 1,40 Mk., Halbleinen 2,30 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Eine der stärksten Stützen der sozialistischen Weltanschauung ist zweifellos die materialistische Geschichtsauffassung. Sie steht deshalb mit Recht im Mittelpunkt der Bildungsbestrebungen, durch die das Volk in die Gedankenwelt des Sozialismus eingeführt werden soll. Gerade der Jugend diese Kernsätze unserer Theorie nahezubringen und ihr dadurch einen Einblick in die treibenden Ursachen alles geschichtlichen Geschehens zu eröffnen, ist um so eher angebracht, als der Geschichtsunterricht der Volksschule vielfach noch auf entgegengesetzten, unhaltbaren Anschauungen fußt. Es ist deshalb lebhaft zu begrüßen, daß der Arbeiterjugend-Verlag in diesem Buch von W. Reimes, dem wir bereits eine weitverbreitete kleine Wirtschaftsgeschichte verdanken, eine Schrift herausbringt, die eine äußerst populäre Darstellung mit wissenschaftlicher Exaktheit verbindet. Ihr Hauptwert und ihr besonderer Reiz für ungeschulte Leser besteht darin, daß sie in einem reichen, anschaulichen Tatsachenmaterial aus allen möglichen Gebieten, aus der Wirtschafts-, Kultur- und Geistesgeschichte, aus Völkerkunde und Gesellschaftslehre die umfassende Tragweite der Theorie darlegt und ihre Überlegenheit gegenüber veralteten Anschauungen überzeugend herausarbeitet. Es ist darum zu wünschen, daß das Buch nicht nur unter der Jugend, sondern auch unter der erwachsenen Arbeiterchaft zahlreiche Leser findet. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.